Donnerstag, 14 Februar 1924. **Einzelnummer 200000 Mark.** 63. Jahrgang. **Nr. 37.**



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 4 800 000, bei den Ausgabest. 5 000 000, durch Zeitungsb. 5 200 000, durch Post . . . 5 512 000 einschl. Postgebühren, ins Ausland 8 000 000 p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens. 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M., *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

„Tschechisch" und „böhmisch".

Die Tschechen sind erst durch den Ausgang des Weltkriegs in die Reihe der selbständigen und stärker beachteten Völker eingetreten. Ihr Siedlungsgebiet in den mittleren Teilen Böhmens und Mährens sowie einem Teil des früheren Österreich-Schlesien stand seit jeher in enger Verbindung mit dem Deutschen Reich und ist auch heute noch — mit Ausnahme einer kleinen aufgerissenen Lücke in Mittelmähren — völlig vom deutschen Sprachgebiet umschlossen. Bis 1806 führte regelmäßig der deutsche Kaiser den Titel König von Böhmen. Selbst in dem tschechischen Teil war der Adel und ursprünglich auch das Handwerk deutsch. Alle Städte in Böhmen und Mähren sind von Deutschen begründet worden, und noch bei Ausbruch des Weltkrieges war der vierte Teil des Bodens in Tschechisch-Böhmen im Privatbesitz Deutscher. Um so beachtlicher ist die Art, auf welche die Tschechen in den Genuß ihrer heutigen Stellung gekommen sind.

Die tschechische Geschichte der letzten 100 Jahre steht im Zeichen einer gewitzten, skrupellosen, aber erfolgreichen Propaganda. Auf Anregung deutscher Gelehrter kamen am Ende des 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts einige Tschechen zu dem Entschluß, ihre Sprache vor dem Untergang zu bewahren und aus den verschiedenen Bauernstämmen Innerböhmens eine bewußte Volkspersönlichkeit zu schaffen. Sie wurden zunächst bei den eigenen Landsleuten nicht ernst genommen, ließen sich aber dadurch nicht beirren. Da die Geschichte des tschechischen Volkes mit Ausnahme der hussitischen Exzesse deutsche Geschichte ist, warfen sie sich auf die Legendenbildung. So entdeckte man eine vorgeschichtliche Königstochter Libussa der man die Gründung Prags unterschob, vergaß daß das Christentum von Deutschen nach Böhmen gebracht worden war und „übertrug" diese Leistung auf die südslawischen Apostel Cyrill und Method, die nachträglich in der Phantasie zu Kampfaposteln gegen das Deutschtum ausgestaltet wurden. Ein Eigenvolk braucht auch ein Nationalepos. Da man das Nibelungenlied oder Gudrunlied nicht gut nehmen konnte, wurden Bruchstücke fabriziert. Das bekannteste, die Königinhofer Handschrift, ist eine derart kühne Fälschung, daß schließlich ein Tscheche, der gegenwärtige Staatspräsident Masaryk, für ihre Aufgabe eintrat. Jahrzehntelang hatte sie aber das schlichte Volk Innerböhmens und Mährens aufgepeitscht; auch heute wird in den tschechischen Schulbüchern keineswegs von den Fälschern abgerückt, sondern „ihre gute Absicht und ihr Verdienst um die Weiterentwicklung der tschechischen Sprache" gelobt.

Da man die Leistungen der Deutschen für den Aufbau der Sudetenländer, einschließlich ihrer tschechischen Teile, nicht leugnen konnte, versuchte man, sie als „geduldete Gäste" hinzustellen und erfand hierzu eine teilweise auch in deutsche Lehrbücher übergegangene Geschichtstheorie, nach der die Tschechen vor den Deutschen nach Böhmen gekommen und dann erst durch deutsche Eroberer auf den Kern Böhmens beschränkt worden seien, mit anderen Worten: die rein deutschen Randgebiete der Sudetenländer seien erst durch Ausrottung der tschechischen Urbevölkerung deutsch geworden, bloß in Innerböhmen sei dieses Werk nicht mehr vollständig gelungen, es sei daher nur ein Werk der Gerechtigkeit, die „tschechische Erde" von den „Eindringlingen" wieder zu säubern (Emigrationstheorie). Mit welchem Raffinement und welcher Beharrlichkeit diese Unwahrheiten immer wieder aufgetischt wurden, ist in der neueren Geschichte vielleicht beispiellos. Aber sie drangen allmählich in das Bewußtsein des einfachen tschechischen Mannes und schließlich auch in die Nachbarvölker. Es ist das Verdienst und das Lebenswerk des Brünner Professors Bretholz, die Lüge der tschechischen Emigrationstheorie durch Nachprüfung und Widerlegung aller einzelnen tschechischen „Beweise" zunichte gemacht zu haben. Die Slawen kamen erst nach den Markomannen nach Böhmen, während der Völkerwanderung war nur ein Teil von ihnen ausgewandert, nirgends hat das Deutschtum das Tschechentum ausgerottet oder auch nur auszurotten versucht.

Nachdem die tschechischen Köpfe genügend verwirrt waren, konnten die Prager Führer daran denken, daraus politischen Nutzen zu ziehen. Der gegebene Augenblick war das Jahr 1866, in dem Österreich aus dem politischen Deutschland ausscheiden mußte und dadurch die Deutschösterreicher zu einer Minderheit gegenüber der Vielheit der kleinen slawischen Völker wurden. Zu deren Führer versuchten sich die Tschechen aufzuwerfen, hatten allerdings nur bei den Südslawen durchschlagenden Erfolg. 1870 anläßlich der Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reich prägten sie das Wort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker", bildeten es zu einer Propagandawaffe gegen das deutsche Volkstum aus und schlugen damit die Brücke zu den Franzosen. Daneben wurden Beziehungen zu Petersburg und Belgrad, also den Hauptgegnern der Donaumonarchie, angeknüpft, in der Wiener Hofburg aber die Überzeugung geweckt und erhalten, ein tschechisiertes Böhmen sei der sicherste Schutz gegen die „Gefahr" einer Wiedervereinigung der Deutschen diesseits und jenseits der Grenze.

Als daher im letzten Teil des Weltkrieges das sogenannte „Selbstbestimmungsrecht" als Grundlage der in Europa vorzunehmenden Neuordnung anerkannt wurde, konnten die Tschechen als Frucht ihrer jahrzehntelangen Propaganda den eigenen Staat ernten. Er sei ihnen aufrichtig gegönnt. Aber er genügte den Tschechen nicht, sie begehrten auch fremdes Gut, und zwar gleichzeitig nach zwei Richtungen: Sie wollten Deutsch-Böhmen und das rein deutsche Sudetenland, sowie die slowakische und deutsche Slowakei ihrem Staate einverleiben. Die Geltendmachung von Annexionsansprüchen auf die deutschen Randgebiete hatten sie schon vor dem Kriege durch geschickte Vermischung der Begriffe „tschechisch" und „böhmisch" vorgearbeitet und dadurch zu verwischen gesucht, daß „tschechisch" die Bezeichnung eines Teils der Bevölkerung Böhmens und Mährens ist, „böhmisch" aber die Bezeichnung des von zwei Völkern — den Deutschen und den Tschechen — bewohnten Landes. Mit solcher Geschichtsklitterung konnte aus der böhmischen Geschichte alles für die Tschechen in Anspruch genommen werden. Mit Leichtigkeit ließ sich daraus ein „Staatsrecht" konstruieren, nach dem die Länder der böhmischen Krone staatlich eine Einheit gebildet hätten und deshalb den „Böhmen" ungeteilt gehören müßten. Es ist schwer zu sagen, was beschämender ist, die Kühnheit dieser Gedankensprünge oder die Gelassenheit, mit der die führenden Männer des Europa von 1918 hier sich bieten ließen. Jedenfalls wurde auf Grund dieser „historischen Rechte" (im 20. Jahrhundert!) der durch das „Selbstbestimmungsrecht" gebildeten Tschechei gegen den Willen der Betroffenen fast 4 Millionen Deutscher einverleibt, das heißt mehr als es Norweger in Norwegen gibt oder Dänen in Dänemark oder Griechen in Griechenland.

Das Mieterschutzgesetz im Sejm.

In der Dienstagssitzung des Sejm berichtete der Abg. Zygmunt Seyda vom Nationalen Volksverband im Namen des Rechtsausschusses über den Mieterschutzgesetzentwurf. Er sagte u. a., daß eine grundsätzliche Besserung der Wohnungsfrage erst nach entsprechendem Ausbau eintreten werde. Der Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie zum Gesetz über den Ausbau der Städte keine Ausführungsverordnungen erlassen habe. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat auf diesen Vorwurf hin Daten über seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Ausbaus vorgelegt. Die Regierung habe größere Darlehen zur Beendigung begonnener Bauten, zur Umgestaltung und Aufrichtung gewährt. Der Rechtsausschuß fordert die Regierung in zwei Entschließungen auf, das Gesetz für den Ausbau der Städte unverzüglich ins Leben zu bringen und dem Sejm einen Bericht vorzulegen über die Verwaltung des staatlichen Wohnungsfonds. Einen großen Einfluß auf den Wohnungsmangel übe die Besetzung von Privatwohnungen durch Staatsämter. In Warschau sollen Staatsämter ungefähr 1600 Zimmer einnehmen, und fast 50 Prozent der Ämter sollen in Wohnhäusern untergebracht sein.

Nach Vertagung der Aussprache wurde die Dringlichkeit eines Antrages des weißrussischen Klubs über die schlechte Behandlung von Gefangenen in den Ostmarken nach der Antwort des Innenministers, der strengste Untersuchung angeordnet hat, abgelehnt und der Antrag an den Ausschuß verwiesen. — Nachdem ein Antrag über ein sofortiges Verbot der Holzausfuhr aus den Kreisen Wieluń, Kalisz und Czenstochau an den Ausschuß verwiesen war, begründete Abg. Pawłowski die Dringlichkeit eines Antrages, in dem die Regierung zu rücksichtslosem Holzausfuhrverbot aufgefordert wird. Der Landwirtschaftsminister Janicki gab zu dem Antrag folgende Erklärung ab: „Die Regierung steht in Verhandlungen mit namhaften Auslandsfirmen über den Verkauf größerer Holzmengen, was mit dem Sanierungsplan in Zusammenhang steht und somit eine Staatsnotwendigkeit ist. Eine Debatte über diese Frage würde die Sanierung ungünstig beeinflussen und die Stellung der Regierung schwächen. Ich bin sowohl gegen die Dringlichkeit als auch gegen das Meritum des Antrags." Die Dringlichkeit wurde darauf mit 106 gegen 93 Stimmen abgelehnt. — Nächste Sitzung am Freitag um 3 Uhr nachm.

Poincaré empfängt den deutschen Botschafter.

Wie soeben aus Paris gemeldet wird, ist der deutsche Botschafter Dr. v. Hoesch am gestrigen Tage mittags 2 Uhr vom französischen Ministerpräsidenten empfangen worden, nachdem der erste Besuch, der am Sonnabend stattfinden sollte, vertagt worden war. Nach den üblichen diplomatischen Formalitäten, der Überreichung des Beglaubigungsschreibens, begann die Unterhaltung über Herstellung eines

Modus vivendi

im besetzten Gebiet, die lediglich eine Fortsetzung der früheren Unterhaltungen war. Im Auftrage der deutschen Regierung legte der deutsche Botschafter die Auffassung über die verschiedenen aktuellen Fragen dar, die in dem französischen Memorandum erwähnt worden sind, insbesondere die Micum-Verträge, die Fortzahlung der Besatzungskosten, die Zollfrage, die Eisenbahnfrage usw. Es wurde vereinbart, daß Einzelheiten über die Unterhaltung nicht gegeben werden sollen.

Nach dieser Unterhaltung gab der deutsche Botschafter eine zusammenfassende Darlegung der durch ihn erläuterten Auffassung der Reichsregierung in Form einer Denkschrift, und hierauf ging das Gespräch auf die Reparationsfrage über. Die Unterhaltung dauerte 45 Minuten insgesamt.

Von außerordentlichem Interesse ist der Bericht, den Havas über die Unterredung veröffentlicht. Das französische Korrespondenzbureau sagt, daß die Darlegungen Dr. v. Hoeschs mehr allgemeiner Natur gewesen wären. Er habe sich auf die Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Marx gegenüber dem Delegierten des schwedischen Roten Kreuzes bezogen. In der Reparationsfrage habe Dr. v. Hoesch ein dreijähriges Moratorium verlangt und danach Zahlungen angeboten, wie sie bereits Reichskanzler Dr. Cuno in seinem Memorandum vom 7. Juni 1923 zu leisten und zu garantieren sich bereit erklärt hatte. Besonders bemerkenswert ist, daß nach dem Havas-Bericht Poincaré um die Unterbreitung weiteren Materials gebeten und sich bereit erklärt habe, dieses Material sorgfältig zu prüfen. Der französische Bericht macht einen auffällig friedfertigen Eindruck und läßt den Schluß zu, daß von französischer Seite eine Fortsetzung der Unterhandlungen gewünscht wird.

Zu dem gestrigen Besuch des Herrn v. Hoesch am Quai d'Orsay erfährt „Chikago Tribune": Der deutsche Botschafter habe die Frage der Rheinpfalz nicht angeschnitten, weil Poincaré ihn versicherte, daß zwischen Frankreich und England über diese Frage soeben eine endgültige Verständigung erzielt worden sei. Die vom deutschen Botschafter am Quai d'Orsay hinterlegte Denkschrift enthalte eine ausführliche Widerlegung des französischen Memorandums vom 11. Januar betreffend Verwaltungsfragen im besetzten Gebiet.

Die Aufgabe des deutschen Botschafters in Paris.

Stresemann hat in seiner letzten Stettiner Rede das Wort geprägt, es sei unendlich schwer, die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes zu führen. Dieses Wort beleuchtet gleichzeitig auch die Aufgaben in all ihrer Schwierigkeit, die dem Botschafter eines solchen waffenlosen Volkes in der Hauptstadt des übermächtigen Gegners zufallen, dessen ganze Politik darauf eingestellt ist, ein Wiedererstarken des besiegten Volkes zu verhindern. Angesichts der zahllosen Gewalttaten, der Vertragsbrüche, der Ausweisungen und der andauernden Drangsalierung deutscher Volksgenossen durch Frankreichs Truppen und Behörden, die widerrechtlich sich die Macht über deutsches Gebiet angemaßt haben, ist eine sehr große Summe von Takt, von politischem Geschick und von Selbstbeherrschung erforderlich, um einem solchen Gegner gegenüber mit Erfolg die Sache des eigenen Volkes vertreten zu können.

Herr v. Hoesch besitzt einen guten Ruf, und es scheint so, als ob seine bisherige Pariser Tätigkeit nicht ganz ohne Erfolge gewesen wäre. Die Art und Weise, in der er Wege sucht, die zu Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich führen, werden selbst auch für den Erfolg oder den Nichterfolg ausschlaggebend sein. Der versöhnlich gehaltene Havas-Kommentar zu dem ersten Besuch des Botschafters bei Poincaré scheint anzudeuten, daß man in Paris nicht wie bisher das Tor vor sich zuschlagen will. Trotz allem weiß man selbstverständlich sehr genau, daß die Macht in französischer Hand liegt, und daß alle auf diesem Gebiet auszuspielenden Trümpfe von Herrn Poincaré auszuspielen sind. Es wird nicht zuletzt die Aufgabe des Herrn v. Hoesch sein, eine Basis für die kommenden Verhandlungen so auszuwählen, daß Herr Poincaré mit diesen Trümpfen der Macht nichts anfangen kann.

Die Pariser Krisengerüchte.

Die Krisengerüchte, die bereits am Sonnabend so energisch durch Paris gingen, fassen wieder von neuem Fuß, und jetzt verlautet sogar, daß der Präsident Millerand die Auflösung der Kammer wünsche und gleichzeitig den Wunsch geäußert habe, daß Poincaré durch einen energischeren Mann ersetzt werden solle. Es wird behauptet, daß Millerand Herrn Clemenceau ins Elysée habe rufen lassen und ihm den Posten des Ministerpräsidenten anzubieten. Dieses aufsehenerregende Gerücht wird heute früh von dem radikalen „Quotidien" in großer Aufmachung wiedergegeben, nachdem die Wochenschrift „Aux Ecoutes" bereits am Freitag gemeldet hatte, daß Millerand daran denke, Herrn Clemenceau für die Dauer des Wahlkampfes auf den Thron zu heben.

In der „Action Française" veröffentlicht Leon Daudet einen Artikel, der in Paris sehr beachtet wird und der die Überschrift trägt: „Wer wird Poincarés Nachfolger sein?" Darin sagt er, daß der Rücktritt Poincarés unvermeidlich geworden sei, seitdem der Ministerpräsident ohne Grund am Freitag den Sitzungssaal verlassen hat. Es wird geflüstert, daß Millerand „jemand" zurückberufen werde, damit er die von Poincaré durchgesetzte Generalvollmacht zur Durchführung bringen könne. Es ist hervorzuheben, daß der einzige Mitarbeiter Clemenceaus, Ignace, neulich in der Kammer durch einen Vorstoß gegen die Linke einen großen Erfolg errungen hat. Wenn das Vaterland in Gefahr sei, kann man Leute mit schwachen Nerven nicht gebrauchen. Not tut ein ganzer Mann.

Dieser Hinweis kann nur auf Clemenceau gemünzt werden. Hervé, dessen Beziehungen im Elysée bekannt sind, tritt heute im Leitartikel des „Victoire" dafür ein, daß Millerand unverzüglich Kammer und Senat als Kongreß in Versailles zusammentreten lassen möge, um sich für sechs Monate die Wohlfahrtsdiktatur sichern zu lassen, nach Ablauf dieser Frist wird das Parlament zurückberufen werden, um zu ratifizieren, was in dieser Zeit beschlossen werden würde. Danach werde die Luft genügend klar sein, um die Wahlen durchzuführen.

Es ist zu beachten, daß die „Ere Nouvelle", die Clemenceau nahesteht, seit einigen Tagen scharf die Außenpolitik Poincarés bekämpft. Das Blatt wirft Poincaré vor, die Position der französischen Außenpolitik auf der ganzen Linie vor dem Widerstand Englands aufgegeben und sich auch zur Räumung des Ruhrgebietes anzuschicken. In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß die radikale „Ere Nouvelle" die Absage des deutschen Botschafters in Zusammenhange gebracht hat mit Gerüchten, nach denen eine Verständigung zwischen Paris und London über die gesamte deutsche Frage unmittelbar bevorstehen soll. Heute morgen teilt Sauerwein in viel beachteten Ausführungen im „Matin" mit, daß der Augenblick zu kommen scheine, wo Frankreich sich durch Zustimmung zu dem Plane der Sachverständigenausschüsse solidere Einnahmen sichern lasse, als das bisherige Besetzungssystem sie ihm verschaffen konnte.

1 Dollar	= 9 550 000 Mkp.
1 Valorisationsfrank . .	= 1 890 000 Mkp.
1 Danziger Gulden . . .	= 1 640 000 Mkp.
1 Goldmark	= 2 275 000 Mkp.

Republik Polen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf

haben am Dienstag begonnen. Der polnischen Delegation gehören an: Departementsdirektor Dr. Kozminski als Vorsitzender, der Leiter der Posener Generalstaatsanwaltschaftsabteilung Brzozynski und die Sekretariatsleiter der polnischen Völkerbundsdelegation Arciszewski und Gwiazdowski.

Der Abg. Thugutt tritt den Gerüchten vom Rücktritt des Ministerpräsidenten entgegen.

Der Abg. Thugutt erklärte, daß er sehr verwundert sei über die Gerüchte vom bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Grabski und von der Absicht, ihn, Thugutt, zu seinem Nachfolger zu machen. Ihm sei von solchen Absichten nichts bekannt, und er halte einen Wechsel auf dem Posten des Ministerpräsidenten gerade in diesem Augenblick für sehr schädlich.

Die Maßnahmen gegen die „Bereitschaft polnischer Patrioten".

Auf Antrag des Militärstaatsanwalts wurde in Brest-Litowsk der General Mamcewicz und der Oberleutnant Mamcewicz verhaftet. Sie hatten die „Bereitschaft polnischer Patrioten" in der Wojewodschaft Polesje organisiert.

Hilton Young

ist am Sonntag abend um 11 Uhr 40 Minuten nach England abgereist. Zur Verabschiedung waren Vertreter des Ministerpräsidenten und des Außenministers auf dem Bahnhof erschienen. Am Sonnabend hatte Hilton Young dem Ministerpräsidenten die angekündigte Denkschrift über seine Tätigkeit in Polen überreicht.

Die Arbeit am Bau der Emissionsbank.

Die Posener Kommunal-Kreditbank (Komunalny Bank Kredytowy) hat die volle Zeichnungssumme für 1200 Aktien der Emissionsbank eingezahlt. Die polnische Industriebank (Polski Bank Przemysłowy) hat die Subskription von 5000 Aktien deklariert. Der Lemberger Magistrat hat am Dienstag beschlossen, 25 Aktien zu kaufen.

Steuerbons für die Kreditoperationen der Landesdarlehnskasse.

Um dem Mangel an Umlaufsmitteln abzuhelfen, der sich im Wirtschaftsleben fühlbar macht, akzeptierte der Ministerpräsident auf Grund eines Gutachtens des Finanzrates das Projekt über teilweise Einführung der Steuerbons in die Kreditoperationen der Landesdarlehnskasse, die die Steuerbons bei der Gewährung von Krediten in einem bestimmten Prozentverhältnis auszahlen wird. Bei der Abzahlung von Krediten werden Steuerbons in demselben Verhältnis entgegengenommen.

Vermehrung der Zahl der Dienststunden in der Landesdarlehnskasse.

Die Einschreibungen für Aktien der Emissionsbank und die Zahlung der Steuern hat die Arbeit in der Landesdarlehnskasse gesteigert. Das hat die Direktion dieser Institution dazu bewogen, die Zahl der Amtsstunden zu vermehren.

Eine Sowjetmission in Lemberg.

In Lemberg ist eine Sowjetmission mit dem neuernannten Handelsvertreter für Polen Miarkow an der Spitze eingetroffen. Die Mission begleitete der Vertreter der russischen Industriellen Rudzyński, um die in Frage kommenden polnischen Industriezweige persönlich kennen zu lernen und auf diese Weise zu einer Erweiterung der polnisch-russischen Handelsbeziehungen beizutragen.

Von neuen Schneeverwehungen

wird aus verschiedenen Teilen Polens gemeldet. In der Warschauer Direktion findet der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Chojny-Widzew nur auf einem Gleise statt, da das andere verschneit ist. In der Kattowitzer Direktion fiel am Montag neuer Schnee und erschwerte den Eisenbahnverkehr. Im Direktionsbezirk Posen ist der Verkehr normal. In Abschnitten der Wilnaer Direktion dauerte der Schneefall an, sodaß der Verkehr mit Hilfe von Schneepflügen vor sich ging. In der Radomer Direktion sind verschiedene Personen- und Güterzüge festgefahren.

Die Aufbringung der Vermögenssteuer.

Majorate dürfen teilweise verkauft werden.

Das Finanzministerium hat im Sejm einen Gesetzentwurf eingebracht über die Entrichtung der Vermögenssteuer durch Besitzer von Landgütern, die hinsichtlich des Verkaufs an Beschränkungen gebunden sind. Das Gesetz ermächtigt die Besitzer von Majoraten und Ordinaten zum teilweisen Bodenverkauf für Zwecke der Vermögenssteuer.

Welche Waldbestände unterliegen der Vermögenssteuer?

Zur Berechnung des Wertes von Holzbeständen in Bezirken, die mit der Waldoanina belegt sind, stellt die Finanzkammer auf, daß gemäß Art. 3 Punkt 5 des Gesetzes über die Vermögenssteuer vom 11. August 1923 der Wert der Holzbestände nur auf den mit der Waldoanina belegten Bezirken steuerfrei ist, während der ganze Wert des übrigen Waldbestandes auf dem nicht mit der Waldoanina belegten Rest der Vermögenssteuer unterliegt.

Aus der polnischen Presse.

Vom nationalen Größenwahn.

Im „Przegląd Współczesny" veröffentlicht Prof. Jan Stanisław Bystroń einen Aufsatz unter der Überschrift: „Nationaler Größenwahn" (der Aufsatz ist auch als Sonderabdruck erschienen). Bystroń untersucht die Quellen, die Formen und die Folgen der in der ganzen Welt verbreiteten Erscheinung des nationalen Größenwahns und spricht die Überzeugung aus, daß die Nebeneinanderstellung gewisser Richtungen, die wir „in Polen für eine ehrenvolle Bekundung des nationalen Genius halten, und wenn wir sie anderswo treffen, für eine schädliche Verirrung erklären," sehr belehrend sein müßte. „Die während des Krieges erschienenen Publikationen" — so schreibt Prof. Bystroń — „haben das Pathos der vom Geiste politischen Mystizismus umwehten völkischen Theorien und Rassentheorien verstärkt und die Teilnahme der hervorragendsten Geister, die ihrem Volke dienen wollten, an Kraft gewinnen lassen. Eine große Menge von dem auf viele betäubend wirkenden Stoff dieser Theorien drang in die große Menge, und wenn jetzt die Versuche, ein friedliches Zusammenleben der Völker herbeizuführen, auf so viele Schwierigkeiten stoßen, so muß zweifellos diesem intellektuellen Krieg ein großer Teil der Schuld daran beigemessen werden."

„Der nationale Größenwahn" — fährt Prof. Bystroń fort — „führt zur Zersetzung der Wissenschaft, der Moral, der Religion. Wir verlieren den Glauben an alles, was für alle Menschen groß sein könnte, wir kehren zu der Epoche der Götter der einzelnen Völker, der nur für den eigenen Volksstamm geltenden Moral, der tendenziös angewandten Wissenschaft zurück."

Am Schlusse seines Aufsatzes schreibt der Verfasser: „Es gibt Menschen, die die in den nationalistischen Theorien enthaltenen Lügen und Übertreibungen deutlich empfinden, sich ihrer aber doch bedienen müssen, da diese Theorien ein wertvolles Mittel zur Aufrechterhaltung der Abwehr gegen fremde Eroberungssucht sind. . . In ähnlicher Weise duldet die Kirche zuweilen aus praktischen Rücksichten primitive Methoden der Aufrechterhaltung des Glaubens und der Bevölkerung. Die ganze Kunst des Lebens besteht in dem Gefühl für Maß und Takt; man muß jene praktisch und „populär" notwendigen Dinge, die gewissermaßen aus taktischen Gründen notwendig sind, als notwendiges Übel behandeln und in Kompromissen mit der Wirklichkeit leben, man darf aber niemals zugleich die großen Ideale aus den Augen verlieren. Sonst droht uns eine Verneinung des Lebens oder seine völlige Barbarisierung."

Getreide- und Industriepreise in Polen.

Die Presse in Polen, die dem polnischen Großbesitz nahe steht, versucht die etwas unbequeme und energische Finanzpolitik des Finanzministers zu bekämpfen. Wie aus den verschiedenen Nachrichten über die Arbeit des Finanzministeriums hervorgeht, versucht Herr Grabski mit dem System der Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer, die besonders die Landwirtschaft trifft, auch einen Druck auf die Getreidepreise auszuüben und damit den Zweck eines allgemeinen Preisabbaus in Polen zu erreichen. In der Presse der Linksparteien wird die Ansicht vertreten, daß die Binnenpreise Polens die Weltmarktpreise überschritten haben. Diese Anschauung ist noch sehr zweifelhaft. Der „Robotnik" rechnet z. B. aus, daß zu Beginn der letzten Januardekade der Roggen loko Verladestation sich auf 2.65 Dollar belaufe und mit Zufuhr zur Mühle und Berücksichtigung des üblichen Mankos sich auf etwa 3 Dollar je 100 Kilogr. stelle, während Danzig zur gleichen Zeit den Roggen mit 2.3 Dollar, loko Empfangsstation, notiert. Aus diesem Grunde wäre es nicht verwunderlich, daß von den freigegebenen 40 000 Waggons Getreide kaum 50 Prozent geliefert worden seien. Blätter der anderen Richtung, wie z. B. der „Dziennik Poznański", halten die Getreidepreise in Polen noch für viel zu niedrig und bestreiten energisch, daß der Roggen den Weltmarktpreis bereits erreicht habe. Es wird nachgewiesen, daß die Absatzkrise in Polen, unter der beinahe alle Industriezweige so schwer zu leiden haben, in der Hauptsache auf die niedrigen Getreidepreise zurückgeführt werden kann, da vier Fünftel der Bevölkerung Polens der Landwirtschaft angehören und der genügenden Kaufkraft ermangeln. Nachstehend geben wir die Aufstellung des „Dziennik Poznański", die weitere Kreise interessieren wird. Nach dieser Aufstellung sind die Lebensmittelpreise im November 1923 um 30 Prozent niedriger gewesen als im gleichen Monat des Jahres 1922. Es wurden gezahlt (in Dollar umgerechnet):

Weizen:
1. Novemberwoche 1922: 3,45; 1923: 2,38;
2. Novemberwoche 1922: 3,52; 1923: 2,44;
3. Novemberwoche 1922: 3,41; 1923: 2,50;
4. Novemberwoche 1922: 3,25; 1923: 2,30.

Roggen:
1. Novemberwoche 1922: 1,96; 1923: 1,21;
2. Novemberwoche 1922: 1,85; 1923: 1,34;
3. Novemberwoche 1922: 1,90; 1923: 1,66;
4. Novemberwoche 1922: 2,04; 1923: 1,74.

Dieser Preisentwickelung wird diejenige für Industrieerzeugnisse entgegengehalten, die nach dieser Aufstellung eine ungeheure Steigerung zeigt:

Anzug: Vorkriegspreis 250 Kilogr. Roggen, jetziger Preis 300 Kilogr. Roggen, Arbeitsschuhe 50 bzw. 200 Kilogr., 1 Hemd 12⅕ bzw. 60 Kilogr., 1 Ztr. Kohle 6 bzw. 42 Kilogr., 1 Ztr. Hufeisen 100 bzw. 600 Kilogr. Roggen.

Hiernach wäre ein starkes Auseinanderstreben der Preisgestaltung für Getreide auf der einen und für Industrieerzeugnisse auf der anderen Seite festzustellen. Der neue Landwirtschaftsminister Janicki hat sich denn auch in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Kurjer Warszawski" dahin geäußert, daß zu seinen Zielen die Anbahnung eines Ausgleichs dieser beiden Preisgruppen gehöre. Nach seiner Ansicht sei bisher eine Art Protektionswirtschaft zugunsten der Konsumenten getrieben worden, vor allem durch die Beschränkung des Außenhandels, womit er zweifellos den Umstand meinte, daß trotz der günstigen Ernte des vergangenen Jahres noch immer ein generelles Ausfuhrverbot für Getreide besteht, wovon nur in besonderen Fällen Ausnahmen gemacht werden. Vor allem aber müsse auch der Zwischenhandel im Getreideverkehr ausgeschaltet werden. Durch die Zulassung der Ausfuhr größerer Kartoffelmengen solle der Landwirtschaft die Möglichkeit geboten werden, sich mit künstlichen Düngemitteln zu versorgen, woran es in den ganzen letzten Jahren, soweit ausländische Düngemittel in Frage kommen, auch sehr gefehlt hat. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Bestrebungen des Landwirtschaftsministers sich mit den Absichten des jedenfalls in stärkerer politischer Position befindlichen Finanzministers in Einklang bringen lassen werden. An einer größeren polnischen Getreideausfuhr ist auch Deutschland in beträchtlichem Maße interessiert. Was die Frage der Ausschaltung des Zwischenhandels angeht, so ist bekanntlich bereits für die zum Zweck der Vermögensabgabe gestaltete Ausfuhr die Benutzung der auf genossenschaftlichem Boden stehenden Handelsorganisation „Unitas" vorgeschrieben worden. Ob freilich der polnische Getreidehandel sich weitere Regierungsmaßnahmen nach dieser Richtung hin gefallen lassen wird, ist kaum anzunehmen.

Vom Fortschritt in der Landwirtschaft.

Fortschritt in der Landwirtschaft, diesem konservativsten aller Berufe? Das ist eigentlich ein innerer Widerspruch, ein Paradoxon. Denn Fortschreiten bedeutet doch zweifellos ein Sich-von-der-Stelle-bewegen, eine Loslösung von dem alten Zustand in körperlicher oder geistiger Hinsicht. In diesem Sinne gibt es aber keinen sichtbaren Fortschritt der Landwirtschaft an sich. Fortschreiten kann höchstens der Landwirt, der den Staub seiner mühseligen Erwerbsquelle von den Füßen schüttelt und in einer Stadtvilla den Gang der Zeiten abwarten kann. Das kommt aber selten vor.

Denkt man an den Fortschritt der menschlichen Kultur oder Zivilisation in irgendeiner Hinsicht, so faßt man gewöhnlich eine verbesserte Materialausnutzung vermöge ganz neuer Ideen oder überhaupt neuer Schöpfungen ins Auge. Dahin gehören etwa die Anwendung des Dampfes oder der Elektrizität, das Automobil, das Flugzeug, die Erfindung der Buchdruckerkunst usw., um nur einige Beispiele zu nennen. Immer handelt es sich um ein Streben des menschlichen Geistes mit einer ganz bestimmten Zielrichtung. Doch auch die Landwirtschaft, so wird man einwenden, ist fortgeschritten: große Kartoffeln werden nicht mehr nur von den dummen Bauern erzeugt, die Ernteerträge haben sich gehoben, Rindvieh, Schweine, Schafe sind frühreifer und größer geworden.

Das ist alles richtig, und doch kann man es nicht als eigenen Fortschritt der Landwirtschaft werten. Es bewegt sich dies alles mehr in negativer Richtung, indem man mit Hilfe des vorgefundenen Materials, sozusagen alles das, was der vollen Ausnutzung der Betriebsmittel im Wege stand, beseitigte. Der Landwirt wird diesen Satz leicht verstehen, wenn ich sage, daß beispielsweise schlechte Getreidesorten durch bessere ersetzt wurden, daß man tierische und pflanzliche Krankheiten zu bekämpfen gelernt hat oder das Unkraut vertilgt. Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn die städtischen Gewerbe das materialfeindliche Ungeziefer vertilgen oder durch höheren Kapitalaufwand ihren Umsatz steigern bzw. die Produktion verbilligen. Wohl wird damit eine Verbesserung in ökonomischer Hinsicht erzielt, aber kein schöpferischer Fortschritt wie in den obengenannten Beispielen.

Und doch gibt es auch in der Landwirtschaft einen wirklichen, absoluten Fortschritt, er liegt nur in ganz anderer Richtung als

---

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

„Unwahrscheinlich! Frau Egler sagte selbst, daß er nur das eine Mal die Konditorei betreten hatte, und solche Schachteln sind in der Apotheke nicht gefunden worden."

„Aber Doktor, Sie sind ja ganz aufgeregt!"

„Ich weiß nicht — wahrscheinlich ist das ja nicht, aber — wenn der Mann doch unschuldig wäre —"

„Wir können ja dem Gerichte — —"

„Nein — wollen Sie mir einen Gefallen tun?"

„Aber bitte!"

„Ich möchte dem Kommissar Schlüter in Berlin die Schachtel nachschicken. Ich weiß, er glaubt auch nicht so recht an Mergeners Schuld. Sagen Sie, haben Sie hier schon irgend etwas vernichtet?"

„Nein!"

„Dann bitte, lassen Sie doch noch ein paar Tage alles, wie es ist. Nur bis ich von Schlüter Antwort habe. Und wenn der etwa kommen sollte —"

„Werde ich ihn selbstverständlich herführen."

„Aber dem Gerichte wollen wir gar nichts sagen."

„Wir können uns blamieren!"

Winkler stand auf.

„Also Schluß heute!"

Das Schloßtor wurde wieder zugeschlagen, und der Notar klebte sein Siegel über die Öffnung.

„Ich habe alle Fenster und Türen versichert, ich werde auch für eine Wache Sorge tragen müssen. Man kann nicht wissen in unseren Zeiten, — es sind immerhin noch große Werte im Schloß."

Dr. Cromer verabschiedete sich von dem Notar und ging gleich den Richtweg nach Niedergersdorf hinab. Das Schächtelchen hatte er in den Mantel gesteckt, und daheim schrieb er sofort an den Polizeikommissar Dr. Schlüter auf dem Berliner Polizeipräsidium.

Es war Sonnabend abend, als Schlüter den Brief und die Schachtel bekam. Er saß nach Dienstschluß gerade in seiner vornehmen Junggesellenwohnung. Es klopfte, und er öffnete selbst. Oberwachtmeister Schreiber stand vor ihm, sein Gehilfe.

„Nanu, Schreiber, wieder Arbeit?"

„Diesmal nur ein Brief, der noch abends ins Präsidium kam."

„Und den bringen Sie her? Ist es so wichtig?"

„Weiß nicht, aber — er ist aus Niedergersdorf, und da mir doch Herr Doktor erzählten —"

Elektrisiert sprang Schlüter auf.

„Aus Niedergersdorf? Geben Sie her! — Schreiber, haben Sie morgen Dienst?"

„Nein!"

„Wollen Sie mit mir einen Privatausflug nach Niedergersdorf machen?"

„Allemal, Herr Doktor, meine Alte ist ja verreist."

„Famos! Dann bringen Sie doch gleich noch das Telegramm weg und besorgen die Karten. Schnellzug morgen sieben Uhr Friedrichstraße, dann sind wir so um zehn Uhr da."

Dr. Cromer war sehr zufrieden, als ihn der Depeschenbote in der Nacht störte. Am Morgen holte er Schlüter ab.

„Können wir gleich einmal nach Hellrungen?"

„Ich habe einen Wagen besorgt, wir müssen zuerst zum Notar Winkler in Rinkhausen, der die Schlüssel hat."

„Großartig! Hoffentlich war noch kein Großreinemachen in Hellrungen?"

„Ich habe den Notar gebeten, alles unverändert zu lassen, bis ich von Ihnen Nachricht hätte, Herr Doktor!"

Auch Winkler war neugierig, den berühmten Kriminalbeamten zu sehen, und gleich bereit, mitzukommen. Am Eingang des Gutes trafen sie den Inspektor.

„Heute nacht sollten wir Besuch bekommen, Herr Notar!"

„Nanu?"

„Ich hatte dem Nachtwächter gesagt, er solle mal ums Schloß gehen. Wie er in die Nähe kommt, schlägt der Hund an, und ein Kerl rennt durch den Park. Er wollte wahrscheinlich ins Schloß, denn das Siegel ist weg, aber hineingekommen ist er nicht. Das Türschloß ist gut; jedenfalls war's gut, daß wir gewacht haben. Wir können ja den Gendarm benachrichtigen."

Schlüter fiel ein:

„Bitte, vorläufig nicht; wir sprechen nachher noch darüber."

Sie betraten das Schloß, und Dr. Schlüter begann sogleich eine gründliche Untersuchung der Räume. Zuerst war es für die beiden Zuschauer interessant, aber mit der Zeit erlahmte doch das Interesse, zumal sich durchaus nichts fand.

„Jetzt noch die übrigen Räume. Wo wohnten die Dienstboten?"

Während Dr. Schlüter und Wachtmeister Schreiber arbeiteten, rauchten die beiden Herren im Garten eine Zigarre — da kam Wachtmeister Schreiber ganz erregt heraus:

„Die Herren möchten doch einmal hereinkommen!"

Sie gingen hinein und fanden Schlüter in der Vorhalle.

„Haben Sie etwas gefunden?"

„Ich weiß nicht — vielleicht etwas sehr Wichtiges, vielleicht auch eine Torheit — — eine Tüte mit Pralinees."

„Eine Tüte mit Pralinees? Wo?"

„Im Zimmer des Kutschers Gemme."

Dr. Cromer sah ihn an.

„Sie meinen —"

„Ich meine gar nichts. Warum soll der Kutscher sich keine Pralinees kaufen? Übrigens sind sie laut Aufdruck aus der Konditorei Egler in Niedergersdorf. Seltsam nur, daß er sie nicht gegessen hat. Es wäre ja auch immerhin denkbar, daß es die Tüte ist, die Herr Mergener dem Manne mitgab."

Dr. Cromer fuhr auf.

„Und dann —"

(Fortsetzung folgt.)

man mehr annimmt. Das Auffällige dabei ist der Umstand, daß die wirklich großen Fortschritte in der Landwirtschaft — gar nicht durch Landwirte herbeigeführt wurden. Wir brauchen dabei nur an die landwirtschaftliche Entwicklung bei uns im vergangenen Jahrhundert zu denken, welche sich hauptsächlich an die Namen Thaer, Liebig und Darwin-Mendel heftet. Thaer war von Haus aus Arzt, Liebig Chemiker, Darwin und Mendel waren Theologen, ersterer wenigstens ursprünglich. Die Reihe schließt sich mit Eyth als Techniker. Glücklicherweise sind die Erfinder des Pfluges, der Butter, die Entdecker des Roggens oder des Weizens usw. nicht mehr bekannt, sonst würde sich am Ende auch bei ihnen die Zugehörigkeit zu einem fremden Berufe herausstellen. Doch ein Beispiel sei noch erwähnt: die Einführung des für Europa so wichtig gewordenen Kartoffelbaues. Auch sie erfolgte nicht ursprünglich durch einen Landwirt, sondern diese Frucht wurde durch einen Admiral — ich glaube, es war Franz Drake — herübergebracht und hatte zunächst mit der Opposition der „beteiligten Kreise" zu kämpfen.

Diese Feststellungen bedeuten keinen Vorwurf für die Landwirtschaft. Denn die Ursachen solcher auffälligen Erscheinungen liegen tiefer. Wenn ein Techniker auf neue Errungenschaften der materiellen Kultur sinnt, so kommen ihm alle Möglichkeiten entgegen: er kann seine Maschinen auseinandernehmen, einzelne Teile neue anordnen und durch besser wirksame ersetzen. Solange die Welt nicht ganz vollkommen ist, werden sich da auch immer neue Ausblicke eröffnen. Der Landwirt seinerseits ist an die von ihm gepflegten Lebewesen gebunden, er kann sie niemals von Grund aus ändern und ganz neue Formen schaffen. Er kann auch die natürliche Beschaffenheit des Bodens nicht umwandeln, sondern vermag höchstens bestimmte günstige oder ungünstige Eigenschaften zu verstärken oder abzuschwächen. Und ein Punkt ist noch wichtiger: der Landwirt ist an seine Scholle gebunden, das heißt die landwirtschaftliche Scholle im weitesten Sinne: dazu gehören alle Landeseigentümlichkeiten, wie die heimische Tier- und Pflanzenwelt, der Mensch selbst und das Klima. Wer etwa die Schilderungen von Reiseschriftstellern aus Asien, Afrika oder auch Europa aus der Neuzeit mit den Berichten aus der ältesten Kulturzeit verglichen hat, dem werden die verhältnismäßig geringfügigen Veränderungen der landwirtschaftlichen Kultur in den einzelnen Gegenden und Zeiträumen aufgefallen sein. Noch heute benützen wir wesentlich dieselben Ackergeräte wie schon vor Jahrtausenden unsere Haustierformen sind die gleichen geblieben, und die Düngungstechnik mit Ausnahme der Mineraldüngung, wird schon in den homerischen Schriften erwähnt. Der Fortschritt in der Landwirtschaft muß also in anderer Richtung liegen. Das Kartoffelbeispiel oben gibt uns auch einen Fingerzeig, ebenso übrigens auch die Ergebnisse der Vorgeschichtsforschung auf diesem Gebiete.

Man hat sich lange Zeit den Kopf darüber zerbrochen, woher unsere Kulturpflanzen und Haustiere stammen. Völlig gelöst ist das Rätsel nicht, aber für die meisten Formen ist ihre östliche Heimat sichergestellt. Die Einbürgerung ist jedenfalls schon vor der historischen Zeit, vielleicht mit einwandernden Volksstämmen, oft sicher auch durch friedlichen Handelsverkehr erfolgt. Ein Fortschritt der neueren Landwirtschaft liegt beispielsweise in der Veredlung der Schweineformen hinsichtlich Mastfähigkeit und Frühreife; wir können den Vorgang noch ganz gut verfolgen, da die alten Formen des Hausschweins in Europa noch verbreitet sind, wie etwa die Landschweine Polens und Deutschlands, die man als unveredelte bezeichnet. Die Umwälzung kam nicht aus sich selbst heraus, sondern auf dem Wege über England durch eine Kreuzung mit asiatischen Hausschweinen, welche das „Edelschwein" in Yorkshire lieferten, heute tonangebend auch in unseren verwöhntesten Küchen. Ähnlich dürfte der Vorgang bei Gewinnung des Pferdes als Haustier gewesen sein: obwohl es schon seit den ältesten Zeiten bei uns verbreitet war, diente es ursprünglich nicht als Hausgenosse, sondern nur der Jagd. Noch im Mittelalter wurde es allgemein als Festbraten geschätzt, erst durch das Eingreifen der Kirche verschwand es vom Küchenzettel. Als Hilfsmittel der Kriege und des Lastentransportes sowie des Ackerbaues stammt das Pferd von östlichen oder südlichen Völkern, als edelstes Reittier ist es jedenfalls erst verhältnismäßig spät bekannt geworden. Es ist kaum nötig, noch die Einbürgerung der Zuckerrübe zu erwähnen, welche zu Anfang des 19. Jahrhunderts in größerem Maßstabe aus Frankreich kam, oder etwas vor ihr der Aufschwung unserer Wollmanufaktur und unserer Schafzucht durch spanische Einflüsse.

Es ist darum kein Zufall, daß die größten Fortschritte in der Landwirtschaft nicht durch eigentliche Landwirte sondern durch Angehörige anderer Berufe, vor allen Dingen aber durch Reisende und durch den friedlichen oder kriegerischen Verkehr von Volk zu Volk hervorgerufen werden. Die wirtschaftliche Kultur eines Volkes oder eines Landes ist aus einer verwirrenden Anzahl von Elementen zusammengesetzt, deren Herkunft und Werdegang dem allgemeinen Bewußtsein schon nach wenigen Generationen entschwindet. Der landwirtschaftliche Fortschritt kann in der Hauptsache nur auf diesem Wege bewerkstelligt werden, durch Aneignung fremder Kulturelemente. Sowohl durch landfremde Siedler wie durch reformatorisch wirkende Kenner fremdländischer Methoden wird das so starr scheinende Bild einer Landwirtschaft tiefgreifend verändert, nicht durch den Dampfpflug oder das Telephon, selbst im eigentlichen Sinne durch die künstliche Düngung und ähnliche Mittel, der Natur höhere Erträge abzulisten. Die Kulturmethoden jedes Volkes sind etwas geschichtlich Gewordenes, die sich nur auf ihrer eigenen Stätte entwickeln konnten. Dasselbe gilt vom Tier wie von der Pflanze. Erst allmählich, gewöhnlich lange nach der „Erfindung", geschieht die Verbreitung in anderen Kulturzonen. Das 19. Jahrhundert war verhältnismäßig reich an solchen wirklichen Fortschritten, das 20. Jahrhundert hat für die Landwirtschaft noch kaum erhebliche Veränderungen ihrer inneren Gestaltung gebracht. Es können freilich jeden Tag umwälzende Errungenschaften der Kultur geboren werden, vorläufig sind sie aber nicht sichtbar. Je schneller der Landwirt sie erfassen kann, desto leichter wird ihm die Förderung seiner Wirtschaftsverhältnisse werden. Noch sind freilich die vorhandenen Möglichkeiten nicht alle ausgeschöpft, wir leben in einer Zwischenperiode. Eine Beschleunigung ist nur durch die gründliche Allgemein- und Fachbildung möglich; das ist der Grund, warum der Westen Europas dem Osten in vielen Dingen der landwirtschaftlichen Kultur und des landwirtschaftlichen Fortschrittes voraus ist. Das Wissen bildet die Brücke für die Aneignung fremder Kulturerrungenschaften und Methoden, das Können sichert ihr Dasein. E. Feige.

Einschüchterungen nützen nichts!

Tschitscherin über Frankreich.

London, 12. Februar. Nach einer Reuterschen Mitteilung wird jetzt amtlich bestätigt, daß Hodgson zum britischen Geschäftsträger in Rußland ernannt worden ist. Bezüglich der englisch-russischen Kommission, die zusammentreten soll, um verschiedene, zwischen beiden Ländern schwebende Fragen zu erörtern, sei bisher in London nichts bekannt. Auch über die Zusammensetzung der russischen Kommission sei nichts bekannt, ebenso stehe noch nicht fest, wer Großbritannien vertreten werde. Es werde erwartet, daß die Zusammensetzung der Kommission bald vollendet sein werde, und man glaube, daß ihre Arbeit in London zwei oder drei Wochen dauern werde.

Moskau, 12. Februar. Tschitscherin erklärte Pressevertretern, die de jure-Anerkennung durch England vor den anderen Ententemächten werde weitgehende dauernde Folgen zeitigen. Er erinnerte an den Rapallovertrag, welcher den Gesamtkomplex der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Sowjetrepubliken beeinflußte. Der Schritt Mac Donalds habe bereits eine Rückwirkung auf das internationale Kräfteverhältnis geäußert. Die Haltlosigkeit der tendenziösen Interpretierung der englischen Anerkennungsnote durch die Gegner der Sowjetrepubliken sei klar. Die Sowjetregierung habe stets eine gemeinsame Beratung der strittigen Fragen mit der englischen Regierung angestrebt und begrüße die Bildung einer Kommission, die sich damit befassen werde. Die Orientpolitik der Sowjetregierung beruhe auf den Grundsätzen ihrer Gesamtpolitik und sei keineswegs aggressiv. Wenn die englische Regierung in demselben Maße einer Aggressivpolitik fernbleibe, so seien die strittigen Fragen leicht lösbar. Die Regierung Mac Donalds erkenne die Bedeutung der Kredite für den beiderseitigen Nutzen. Mussolini sei hinter Mac Donald etwas zurückgeblieben, doch sei die beschleunigte de jure-Anerkennung seitens Italiens ein höchst vernünftiger Schritt, welcher positive Folgen bald zeitigen werde. Der Botschafteraustausch sei nur noch eine Aggrementfrage. Gerade im gegenwärtigen Augenblick erführe die Stellung Frankreichs eine ungünstige Wendung. Die Kleine Entente zerfalle. Spanien nähere sich Italien. In der Schulden- und Nationalisierungsfrage habe Frankreich die Unbeugsamkeit der Sowjetregierung erkennen können. Einschüchterungen nützten nichts. Mit der Sowjetregierung müsse man die Sprache des Realnutzens reden.

In der „Paris Midi", einer Mittagszeitung, die in Paris erscheint, beklagt der als Nachfolger Philippe Millets zeichnende „Diplomat", daß Professor Haguenin und die von ihm geschaffene Einrichtung des Bureaus für wirtschaftliche und soziale Studien in Berlin aufhören soll. Diesen Wissenschaftlern (auch Professor Esnard und Berthelot gehören dazu) sei es gelungen, das zu erreichen, was Diplomaten nicht gelang: ständig mit deutschen Persönlichkeiten aus den politischen und wirtschaftlichen Kreisen Verbindung zu halten. Die Diplomaten der französischen Botschaft leben noch immer isoliert. Selbst der französische Botschafter habe dringend gebeten, diese Quelle nicht versiegen zu lassen, aber in Paris scheine man anderer Meinung zu sein. Das „spartanische" System, das man in Paris bevorzuge, hat große Ähnlichkeit mit der Methode des Mannes, der sich über den Verlust seines Beines freute, da er nun endlich Ersparnisse machen könne, weil er nur mehr einen Stiefel brauche. Die Ersparnisse der Regierung können unter Umständen Frankreich teuer zu stehen kommen.

Mussolini attackiert Frankreich.

In politischen Kreisen spricht man bereits von einer neuen außenpolitischen Initiative Mussolinis. Diesmal handelt es sich um die Lösung der noch immer zwischen Frankreich und Italien schwebenden Tunisfrage, das heißt um den Schutz der an Zahl überwiegenden italienischen Bevölkerung in Tunis gegen französische Zwangsnationalisierung. Nach dem offenbar aus der französischen Botschaft unterrichteten „Giornale d'Italia" scheint man heute in Paris nicht abgeneigt, Italien in der Tunisfrage entgegenzukommen. Ob aber die Verhandlungen sich bereits dem Abschlusse nähern, sei fraglich. Jedenfalls werde beiderseits strengste Diskretion beobachtet.

Die Lage in der Wahlbewegung, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, ist noch völlig ungeklärt. Der frühere Premier Orlando und der Kammerpräsident de Nicola, die bei aller Sympathie für Mussolini zuerst eigene Pfade gehen wollten, scheinen nunmehr zum Eintritt in die allgemeine Regierungsliste bekehrt zu sein, doch tut Orlando dies unter heftiger Beteuerung seiner Verfassungstreue und Achtung vor dem Parlament. Jedenfalls wird der Schritt dieser beiden Koryphäen Süditaliens auf die Stimmung der Südprovinzen Eindruck ausüben. Auch die „Demosozialen" scheinen auf die Opposition verzichten zu wollen, so daß als entschiedene Oppositionspartei außer den verschiedenen Gruppen der äußersten Linken eigentlich nur die soeben begründete demokratische Partei Bonomis in Betracht kommt, der sich die übrigen oppositionellen Fähnlein angliedern werden. Die Populari wollen „neutral" bleiben, was aber in Wahrheit Oppositionsgelüste verrät.

Während bisher de Martino in Tokio als wahrscheinlicher Botschafter in Moskau genannt war, gilt nunmehr die Ernennung des Grafen Manzoni, des jetzigen Belgrader Gesandten, als bevorstehend.

Der Vertrag mit Italien.

Aus Rom wird gemeldet: In dem Sonderausschuß der Skupschtina zur Vorberatung des in Rom unterzeichneten Abkommens mit Italien über Fiume wurde die Regierungsvorlage mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Der Bericht des Ausschusses, der sich für die Genehmigung durch das Parlament ausspricht, ist schon gestern erstattet worden. Heute wurden im Außenministerium zwischen italienischen und südslawischen Delegierten Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen beiden Staaten eingeleitet. Bis zur Ankunft aller italienischen Delegierten finden nur Vorkonferenzen mit den in Belgrad bereits anwesenden Vertretern statt.

Vor dem Zusammentritt des Londoner Parlaments.

Baldwin Führer der Opposition. — Die Lage in Indien.

Der Premierminister Mac Donald ist heute in halbstündiger Audienz vom König empfangen worden, wobei er über die politische Lage Bericht erstattete. Danach wurde der Arbeitsminister Tom Shaw empfangen. Im Laufe des Tages sprach der französische Botschafter im Außenministerium vor. Morgen findet ein letzter Kabinettsrat statt. Die konservativen Blätter behandeln den neuen Premier mit großer Liebenswürdigkeit, aber die Reihen der Partei wollen größere Angriffe auf die neue Regierung unternehmen. Anlaß dazu soll die Armenunterstützung des Londoner Vorortes Poplar bieten. Es hatten nämlich die dortigen Armenpfleger den Armen höhere Unterstützungen gezahlt, als die Löhne der gelernten Arbeiter waren. Der konservative Wohlfahrtsminister Johnson-Hicks hatte hiergegen Einspruch erhoben, während der neue Wohlfahrtsminister Wheatley für die weitere Auszahlung dieser Unterstützung ist. Die Konservativen hegen die Erwartung, daß eine Anzahl Liberale mit ihnen gehen werden, und so hoffen sie ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Mac Donald beantragen zu können. Zu einem Regierungssturz dürfte es aber kaum kommen, denn die Gegner der Regierung könnten keine bessere Wahlparole liefern, als den Kampf um die Armenunterstützung, die den Arbeitern nur Tausende neuer Mitglieder zuführen würde. Die Wiedereröffnung des Parlaments nach dieser Pause von drei Wochen wird mit großen Veranstaltungen in London gefeiert.

Rein parteipolitischen Charakter trug eine Versammlung der Konservativen im City-Hotel, zu der etwa 600 Teilnehmer erschienen waren. Baldwin, der Hauptredner des Tages, führte dabei aus, daß die Schutzzollparole aufgegeben werden müsse, bis das englische Volk dafür erzogen worden sei. Dagegen müsse man die Bevorzugung der Dominions auf den englischen Märkten festhalten, denn der Weltmarkt ist der einzige sichere Markt, der England noch verblieben ist. Lord Balfour schlug darauf ein Vertrauensvotum für Baldwin vor, und dieser wurde fast einstimmig zum Führer der Partei gewählt.

*

Es zeigt sich von neuem, daß die englische Regierung in der Freilassung des indischen Nationalistenführers Gandhi einen sehr klugen Schritt getan hat, da dies zu einer Verbesserung der allgemeinen politischen Lage in Indien führte. Der vorteilhafte Eindruck der Freilassung wird noch dadurch verstärkt, daß Gandhi in einem offenen Brief die milde Behandlung anerkennt, die er im englischen Gefängnishospital genossen hat. Im gleichen Brief heißt es, daß die indische Bewegung nicht gegen England, sondern gegen die englische Bureaukratie gerichtet sei und daß die Indier diesen Unterschied nicht immer gekannt hätten. Gandhi geht dann sogar so weit und schreibt: „Wir sollten die Engländer als unsere Freunde, nicht aber als unsere Feinde betrachten. Unser Programm ist auf eine Verminderung der indischen Armut, der Ermutigung der heimischen Industrie und die Herstellung der Einigung zwischen den Rassen gerichtet und will nichts von Gewalt in Worten und Taten wissen. Dieses alles ist möglich ohne Gehorsamsverweigerung."

Es bleibt abzuwarten, ob diese freundliche Stimmung anhalten wird, denn die Schwierigkeiten sind noch immer groß. Die Politik der Nationalisten geht nämlich dahin, daß Indien schon jetzt die völlige Selbstverwaltung erhalten soll, wogegen England erklärt, daß dies erst nach einer zehnjährigen Wartefrist gewährt werden solle.

Der deutsche Reichstag tritt zusammen.

Der Ältestenrat des Deutschen Reichstages ist gestern nachmittag zu einer Beratung zusammengetreten. Es ist beschlossen worden, die nächste Plenarsitzung auf Mittwoch, 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, anzuberaumen. Die Tagesordnung ist noch nicht festgesetzt. Sie wird in erster Linie davon abhängen, ob die dritte Steuernotverordnung in die Form des Gesetzes umgeändert wird, das vom Reichstag beschlossen werden muß. Es wird erwartet, daß die Wahlgesetzvorlage dem Reichstag unterbreitet wird, da sich bereits wieder Einflüsse dagegen bei den Interessierten bemerkbar machen. Es könnte in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden werden, wenn aus technischen Gründen diese wichtigste Programmfrage des deutschen Parlamentes ungelöst bliebe.

In kurzen Worten.

Abg. Scheidemann hielt gestern auf Einladung einer dänischen Studentengesellschaft in Kopenhagen einen Vortrag über die Not des deutschen Volkes, der deutschen Wissenschaft, deren Ursache der Versailler Vertrag sei, unter dem ganz Europa leidet.

*

Der Termin der Konferenz aller baltischen Staaten ist endgültig auf den 15. Februar festgesetzt worden. Die Konferenz findet in Warschau statt.

*

Die Londoner Dockarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 1 Schilling täglich. Da die Forderung abgelehnt worden ist, haben in Southampton 800 Dockarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es ist mit einem Gesamtausstand der Dockarbeiter zu rechnen.

*

Als Vorsitzender der Sowjetabordnung, die nach England gesandt wird, um die Fragen zu regeln, die mit der Anerkennung Rußlands durch England sich ergeben, ist Litwinow ausersehen und bestimmt worden.

*

Die mexikanischen Truppen haben gestern Veracruz wieder eingenommen. Die Rebellen waren somit nur drei Tage im Besitz des Hafens.

*

Die Königin von Rumänien ist zur bevorstehenden Verlobung ihres Sohnes, des Prinzen Nikolaus, mit der zweiten Tochter des italienischen Königspaares, Prinzessin Mafalda, nach Rom gereist.

*

Die Anerkennung Sowjetrußlands durch Österreich soll unmittelbar bevorstehen.

*

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet die Meldung, daß die Reichstagswahlen am 15. Juni stattfinden werden. Dazu ist amtlich erklärt worden, daß es sich um rein private Informationen handelt, der Termin für die Wahlen steht noch nicht fest. Der Wahltag wird vielmehr von den Ereignissen abhängen, die noch kommen werden.

Letzte Meldungen.

Maßnahmen der deutschen Reichsbank.

Berlin, 13. Februar. Eine bekannte erste rheinische Bankfirma hat in den letzten Tagen entgegen den Bestimmungen der Devisenordnung Devisen in hohem Betrage zum Kauf angemeldet, für welche weder Bedarf noch Deckung vorlag. Die Reichsbank hat der Firma daraufhin das Girokonto entzogen und den Kredit gesperrt.

Die Grundsätze in der Pfalzfrage.

London, 13. Februar. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt zur Pfalzfrage, Ramsay Mac Donald werde in Fragen, die nicht vitale Grundsätze der britischen Politik berühren, Poincaré auf halbem Wege entgegenkommen. Nachdem ein Uebereinkommen tatsächlich in den Hauptpunkten des pfälzischen Problems erzielt sei, sei es wahrscheinlich, daß gemäß einer französischen Anregung die Oberkommissare und ihre Sachverständigen von ihren Regierungen ersucht werden, wie dies auch in Sachen der Kölner Eisenbahn geschah, einen endgültigen und eingehenden Plan für die Regelung der Pfalzfrage während der allernächsten Tage zu entwerfen.

Kein Besuch Clemenceaus bei Millerand.

Paris, 13. Februar. Die Blättermeldung, daß Clemenceau einen Besuch bei Millerand abgestattet habe, wird von der „Agence Havas" als unrichtig bezeichnet.

Neues vom Tage.

§ Spiegel an den Pariser Straßenecken. Aus Paris wird der „N. Fr. Pr." geschrieben: Die französische Hauptstadt wird wahrscheinlich bald eine neue Spezialität haben. Der Stadtrat M. Roëland hat nämlich den Antrag gestellt, man möge an den Straßenecken der wichtigsten Kreuzungspunkte von Paris große Spiegel anbringen, und dieser Antrag wird in ernsthafte Erwägung gezogen und auch von der Presse so warm befürwortet, daß er die besten Aussichten auf Verwirklichung hat. Wer aber vielleicht glaubt, daß diese Spiegel eine Galanterie für die zierlichen Pariserinnen bedeuten sollen, die sich davon überzeugen möchten, ob ihnen der Hut gut zu Gesicht steht und ob sich der Puder auf ihrem Gesichtchen nicht verwischt hat, der befindet sich im Irrtum. Die Spiegel werden allerdings von der Damenwelt zweifellos zu diesem weltlichen Zweck sehr ausgiebig in Anspruch genommen werden, aber M. Roëland, der würdige Stadtvater, verfolgt dennoch mit seinem Antrag einen weit ernsthafteren Zweck als den einer Aufmerksamkeit für die verschiedenen schwarzen und blonden Mimis und Yvonnes. Trotz der mustergültigen Verkehrsdisziplin haben nämlich die Unglücksfälle in den Straßen in besorgniserregender Weise zugenommen. Paris hatte noch niemals einen so großen Autoverkehr aufzuweisen wie jetzt, und obwohl die Chauffeure und die Fußgänger den Anordnungen der Polizisten gehorchen und die Bestimmungen über Fahr- und Gehordnung genau eingehalten werden, so läßt sich das Problem dieses weltstädtischen Verkehrs mit den gewöhnlichen Hausmitteln der Straßenpolizei nicht mehr lösen. M. Roëland hat nun vorgeschlagen, an den Straßenecken große Spiegel anzubringen, deren Flächen den verkehrsreichsten Straßen zugewendet sind und die den Wagenlenkern die Beobachtung ermöglichen, ob von der anderen Seite der Straßenkreuzung ein Fahrzeug entgegenkommt. Bei der verhältnismäßig großen Schnelligkeit, mit der die Automobile in Paris fahren, ist es von höchstem Werte, wenn man das Herannahen eines Wagens, der in wenigen Sekunden vielleicht mit der Schnelligkeit eines Eisenbahnzuges um die Ecke biegen wird, schon vorher weiß. Die Straßenbahnschaffner werden rechtzeitig wissen, ob die Gleise frei sind und infolgedessen die Geschwindigkeit des Fahrtempos nicht zu verringern brauchen. Jedenfalls eröffnen sich für den Pariser Verkehr durch die Straßenpolizei erfreuliche Perspektiven.

Dampfpflugdrahtseile
Fabrikat ADOLF DEICHSEL
Hindenburg O.-S.

aus Ia blankem, patentgehärtetem Original-Pflugstahldraht, mit einer Bruchfestigkeit von 200/220 kg. je qmm. in bestens bewährter Spezialqualität und Ausführung, liefern vom Lager in Poznań, sowie sämtliche andere Seile speziell für Aufzüge, Transmissionen u dergl.

direkt ab Fabrik **ST. GRABIANOWSKI & Ska., Poznań, Plac Wolności 14 a.**

Generalvertreter für Poznań und Pommerellen. Telephon 4010.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter
Elfriede
mit dem Brennerei-Verwalter, Herrn
Hermann Dittmann
beehren sich ergebenst anzuzeigen.

Carl Noack u. Frau
Clara geb. Riedel.

Czempiń, im Februar 1924.

Elfriede Noack
Hermann Dittmann
Verlobte

Czempiń Skrzypno.

Dankerfüllt zeigen wir die heute erfolgte Geburt
eines Sohnes an.
Berlin-Siemensstadt, (Pos amt Siemensstadt).
Wągrówiec, den 9. Februar 19 4
Bischofswerder u. Frau, geb. Stache.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 13. 2., 7½ Uhr: **„Der Barbier von Sevilla"**, Oper von Rossini.
Donnerstag, den 14. 2., 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**. Große Oper von Meyerbeer.
Freitag, den 15. 2 **Theater** der Generalprobe wegen **geschlossen.**
Sonnabend, den 16. 2. 7½ Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl. (Abonnement ungültig).
Sonntag, den 17. 1. nachm.: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper von Offenbach. Ermäßigte Preise.
Sonntag, den 17. 2. 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**, Komische Oper von Strauß.



Nach kurzem, schwerem Leiden verschied sanft im 75. Lebensjahre unser lieber guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Adolf Schreiber.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Robert Palaske u. Frau
Hedwig, geb. **Schreiber.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen St. Paulikirchhofes aus statt.

Deutsche Zeitung
74. Jahrgang **in Pommerellen** 74. Jahrgang

Politische Tageszeitung mit umfangreichem Nachrichten- und Depeschendienst

Tägliche Börsen- und Handelsberichte, Kurszettel

Reichhaltiger Unterhaltungsstoff (Sonntagsbeilage)

Als Beilagen: „Amtlicher Wegweiser" mit Uebersetzungen aller wichtigen Gesetze und Verordnungen und „Haus- und landwirtschaftlicher Ratgeber"

Wirksames Anzeigenblatt

Hauptgeschäftsstelle: Tczew (Dirschau), ulica Królewiecka 32 33
Telefon Nr 36 Postscheckkonto: Poznań Nr 205000



Bohème
Drama aus dem Künstlerleben
mit der reizenden
Maria Jacobini
in der Hauptrolle.

Teatr Pałacowy
plac Wolności 6.
Beginn der Vorstellungen 4½, 6 ½ und 8½ Uhr.

Rechnungsführer

sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen, für bald oder 1. 4. 24 **Vertrauensstellung.** Ist mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut, beider Landessprachen mächtig. Angebote unter **5323** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zur Unterstützung eines größeren Industrieunternehmens ein kapitalkräftiger **Teilhaber gesucht.** Angebote unter **„Glückauf Nr. 5335"** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Hast Du schon einmal bei
R. Kunert & Co., T. z o. p. Poznań
Niegolewskich (Augustastr.) 18 II. Telefon 62-36.
Stoffe gekauft? Sich Dir das reichhaltige Lager in allen Sorten Textilwaren, z.B. Seidentrikots, schweizer Voils, Gabardin, Popelin, Herren- und Damenstoffen, Weißwaren usw. an, denn da kaufst Du am **billigsten.**

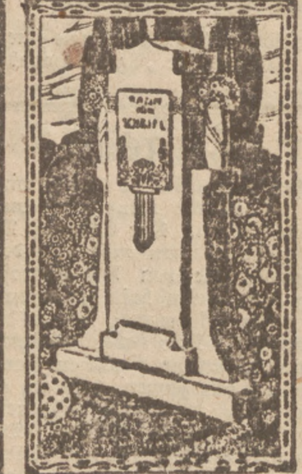
Oberschlesischen
Hütten-Koks
(hart)
liefert sofort
Handelshaus Edw. Kępiński.
Poznań, Fredry 4.
Tel. 33-95.



Vertreter gesucht
von ausländischer Firma für den
Vertrieb von Hartkäse
Offerten unter **5370** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Oberinspektor
erste Kraft, 47 Jahre alt verheir., staatsangehörig, beider Landessprachen mächtig noch in ungekündigter Stellung, **sucht** gestützt auf Prima-Zeugnisse u. Empfehl.
Dauerstellung.
Offerten zu richten unter **L. 5372** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zum **1. April** oder früher **suche** für hiesigen Abmelkstall von 14 Kühen einen erfahrenen, älteren, durchaus zuverlässigen und ehrlichen
Oberschweizer
mit eigenen Leuten bei gut m Einkommen.
Dom. Strzeszyn, Post Złotniki b. Poznań.



Johannes Quedenfeld,
Poznań-Wilda, ulica Traugutta 9.
Haltestelle der Strassenbahn ulica Traugutta, Linie 2.
Werkplatz: ul. Rolna.
Moderne Grabdenkmäler und Grabeinfassungen in allen Steinarten.
Auf Wunsch Kostenanschläge.

Brennerei-Verwalter
kath. 41 Jahre alt, 22 Jahre im Fach, vertraut mit elektr. Licht- und Kraftanlage, Kartoffeltrocknerei u. Buchvorschriftensachen, gute Zeugnisse zur Verfügung, **sucht** vom 1. 7. 1924 bei einer deutschen Herrschaft **Stellung** mit einem Haushalt. Zuschr. erbitte unter **R. 5382** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Verschiedenes

Bekanntmachung.
In den Generalversammlungen am 27. 12. 23 und 24. 1. 24 ist die Auflösung unserer Genossenschaft beschlossen worden. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, sich zu melden.

Poznań d. 9. Febr. 1924
Bezugsgenossenschaft für Brennmaterialien,
Sp. z. z o. o. in Liquidation.
Die Liquidatoren:
Hallstein. Schilasky.

Gesucht zu Ostern oder 1. 4. (i. Grenzkreis) erf. evangl.
Erzieherin oder Hauslehrer,
Mädchen IV. Lyc.-Kl. Junge Quinta. Offerten mit Bild und Zeugnisabschriften u. **K. 5281** a. d. Geschäftsst. d. Blattes.

Intelligenten, vielseitig gebildeten (5352
Gärtner
mit längerer Praxis, beider Landessprachen mächtig, sucht für sofort oder später
Dom. Oborzyska Stare, poczta Kościan.

Suche per sofort einen tüchtigen, unverheirateten
Gärtner.
Jeż Wziąchów bei Pogorzela. (5373

Kassenbote,
ledig, Mitte d. 40er Jahre, zuverlässig und pünktlich in jeder Weise, sucht Stellung als Bote oder ähnliches, eventuell auch nur für bestimmte Tagesstunden. Off. unter **B. 5165** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Korsetts, Leibbinden Hüftengürtel u. Büstenhalter
empfiehlt in **großer Auswahl**
S. Kaczmarek, Poznań,
ul. 27. Grudnia 20.
Spezialität: Korsetts nach Maß. Eigene Werkstatt.

Generalvertretung größer. In- u. Auslandsfirmen übernimmt zuverlässiger **Kaufmann.** Gefl. Ang. u. **M. 5360** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Stellengesuche.

Expedient
ledig Ende der 40er Jahre sucht sofort bei bescheidenen Ansprüchen Stellung im Büro, Lager, Speicher oder auch als Bote, Aufseher usw. Suchender ist Inhaber des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses, aber zu jeder Arbeit bereit. Offert. unt. **K 5188** a. d. Geschst. d. Bl.

Suche Stellung
irgend welcher Art.
Schuck, Rynek Środecki 18/14 I.

Handlungsgehilfe, durch Personalverringerung frei geworden, sucht für sof. od. spät. unt. bescheid. Anspr. Stellung. In letzter Stellung 21 Jahre tätig gewesen. Ang. u. **A. R. 5184** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Verkaufe
gute Industrie-Aktien gegen Höchstgebot, auch vertausche solche gegen guterhaltene Möbel.
Gefl. Angeb. erb. unt. **A. Z. 5336** an die Geschäftsst. d. Bl.

Evgl. Frl. wünscht d. Bekanntschaft eines bess. Herrn, auch Witwer ohne Kind., in den 40. Jahren, zwecks
Heirat.
Schön eingerichtete 3 Zimmerwohnung u. Ausst. vorh. Anonym zweckl. Off. u **5378** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Aelterer, zuverlässiger **Mann,** sucht für bald
Stellung als Bote
oder dergl. Eventl. auch als **Schreibhilfe.** Freundliche Anfragen unter **5385** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Landwirtssohn, 29 Jahre, verh., sucht **Stellung** auf Landwirtschaft oder Gut sofort oder später. Gute Kenntnisse in der Landwirtschaft. Auch **Reparaturen** an Gebäuden und Ackergeräten, sowie **Zimmermanns-** u. **Dachdecker-Arbeiten** führe ich aus. Nach Wunsch halte ich auch **Dienstpersonal, Hofgänger** oder **Scharwerker.** Gehalt nach Vereinbarung. Gefl. Zuschriften unter **B. B. 5302** an die Geschäftsstelle d. Bl.



Hersteller Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: M. Tita, Poznań. Grochowe Łąki 4.

Deutsches **Großunternehmen sucht ab 1. April d. Js. in Posen oder Solacz**
8—10 Räume
Geschäfts- und **Wohnräume** f. d. Leiter, evtl. **Villa** in Solacz, deren späterer Kauf nicht unwahrscheinlich **zu mieten.** Bedingungen und Zahlstelle nach Vereinbarung. Gefl. Offerten unter **5349** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wohnungstausch!
Posen - Kattowitz.
Tausche meine Posener drei Zimmerwohnung mit allem Zubehör gegen gleiche oder größere in Kattowitz oder Umgegend. Gefl. Angebote unter **M. 5383** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Landwirtschaftl. Beamter,
Berufslandwirt. 3 Jahre Praxis, 25 Jahre alt in ungekündigter Stellung, polnisch sprechend erfahren in allen Zweigen der Landwirtschaft, möchte, gestützt auf gute Zeugnisse und Referenzen des jetzigen Chefs am 1. März d. Js. oder später die Stellung wechseln. Offerten unter **5325** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger Mann, 25 J. alt, sucht von sofort Stellung als verheirateter oder unverheir.
Feld- u. Waldhüter
Off. u. **P. 5375** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 13. Februar.

Anmeldung von Liquidationsschäden.

Der deutsche Reichsminister für Wiederaufbau hat am 16. Januar d. Js. eine Bekanntmachung erlassen, in der auf Grund des § 55 des Liquidationsschädengesetzes in der Fassung vom 20. 11. 1922 (R.-G.-Bl. I S. 1148) bestimmt wird, daß die Frist zur Anmeldung von Entschädigungsansprüchen auf Grund des Liquidationsschädengesetzes mit dem 31. März 1924 abläuft. Schäden, deren Ersatz nicht bis zu diesem Zeitpunkt beantragt ist, werden nicht ersetzt, es sei denn, daß der Schaden erst später entstanden oder dem Betroffenen erst später bekannt geworden ist, oder daß der Geschädigte an der rechtzeitigen Anmeldung durch höhere Gewalt oder andere Umstände, die er nicht zu vertreten hat, verhindert war. Soweit hiernach eine Schadensanmeldung nach dem 31. März 1924 noch zulässig ist, hat sie binnen einer Ausschlußfrist von 3 Monaten zu erfolgen, die mit dem Eintritt des Schadens oder der Kenntnis von dessen Eintritt oder dem Wegfall des Hindernisses zu laufen beginnt. Den Nachweis der Verhinderung und des Zeitpunktes ihres Wegfalls hat der Geschädigte zu führen. Die Bekanntmachung betr. die Festsetzung von Ausschlußfristen für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen für abgelieferte Wertpapiere vom 10 Januar 1924 (Reichsanz. Nr. 16 vom 19. 1. 1924) bleibt unberührt.

Der Posttarif für die zweite Februarhälfte.

Nach dem neuen Posttarif für die Zeit vom 16.—29. Februar kostet ein Inlandsbrief (10 Einheiten) wie bisher 200 000 M., eine Postkarte im Inlande (6 Einh.) 110 000 M. (bisher 120 000 Mark), eine Drucksache bis zu 50 Gramm (3 Einh.) 55 000 M. (bisher 60 000 M.), ein gewöhnlicher Auslandsbrief (30 Einh.) 550 000 M. (bisher 600 000 M.), eine Postkarte nach dem Auslande (18 Einh.) 330 000 M. (bisher 360 000 M.) ein Wort im Telegramm (8 Einh.) wie bisher 150 000 M., ein Dreiminuten-Ferngespräch bis zu 25 Kilometern (40 Einh.) 750 000 M. (bisher 800 000 M.), bis zu 50 Kilometern (80 Einh.) 1 450 000 M. (bisher 1 500 000 M.)

Die Werte der Einheiten sind folgendermaßen festgesetzt worden:

Eine halbe Einheit 10 000 M., eine Einheit 20 000 M., 2 Einh. 40 000 M., 3 Einh. 55 000 M., 4 Einh. 80 000 M., 5 Einh. 100 000 Mark, 6 Einh. 110 000 M., 7 Einh. 130 000 M., 8 Einh. 150 000 M., 10 Einh. 200 000 M., 12 Einh. 220 000 M., 14 Einh. 250 000 M., 15 Einh. 275 000 M., 18 Einh. 330 000 M., 20 Einh. 400 000 M., 24 Einh. 425 000 M., 25 Einh. 450 000 M., 30 Einh. 550 000 M., 40 Einh. 750 000 M., 50 Einh. 900 000 M., 60 Einh. 1 100 000 M., 80 Einh. 1 450 000 M., 100 Einh. 1 800 000 M.

Die zweite Anzahlung auf die Vermögenssteuer.

Durch Verordnung des Finanzministers (Dz. Ust. Nr. 13, Pos. 122) ist über die Höhe und Bezahlung der 2. Anzahlung auf die Vermögenssteuer folgendes bestimmt:

1. Personen, die die erste Anzahlung auf die Vermögenssteuer leisten mußten, deren Vermögen aber nicht den Wert von 3000 Goldfrank übersteigt und die deshalb der Vermögenssteuer nicht unterliegen, brauchen die zweite Anzahlung nicht zu leisten, auch wenn sie in den Listen der Zahlungspflichtigen aufgeführt sind.

2. Die Höhe der zweiten Anzahlung soll folgende Grenzen nicht überschreiten:

a) Für Landwirte (Zahler der Grund- und Gebäudesteuer) die Hälfte der gesamten Vermögenssteuer (nicht, wie ursprünglich verlautete, ein Drittel).

b) Für Zahler der Gewerbesteuer von gewerblichen Betrieben der I.—VI. Kategorie, sowie von Handelsunternehmen der I. und II. Kategorie die Hälfte der gesamten Vermögenssteuer.

c) Für Zahler der Umsatzsteuer (oberschlesischer Teil der Wojewodschaft Schlesien) die Hälfte der gesamten Vermögenssteuer.

d) Für Zahler der Gewerbesteuer von Gewerbebetrieben der VI. Kategorie und Handelsunternehmen der III. Kategorie, sowie von selbständigen freien Berufen, ein Drittel der gesamten Vermögenssteuer. Falls die zweite Anzahlung obige Grenzen überschreitet, wird der Zahler von der Entrichtung des übersteigenden Teiles befreit.

3. Die Entscheidung über den für die Punkte 1 und 2 in Frage kommenden Sachverhalt steht der Steuerbehörde I. Instanz zu (Urząd skarbowy), die Sachverständige heranzuziehen hat. Als Grundlage dienen der Behörde die Vermögenserklärungen der Steuerzahler, die von den Gemeindevorständen geführten Verzeichnisse, sowie eigene genaue Kenntnisse über die Vermögensverhältnisse der Zahler.

In den in Punkt 1 vorgesehenen Fällen erläßt die Behörde eine Entscheidung von Amts wegen, in den in Punkt 2 vorgesehenen Fällen dagegen nur auf Grund einer Eingabe (prośba) der interessierten Steuerzahler. Die betreffenden Eingaben sind bei der zuständigen Steuerbehörde bis spätestens 22. Februar einzureichen. Die Behörde benachrichtigt den Zahler von der Entscheidung mündlich oder schriftlich. Die zwangsweise Einziehung der zweiten Anzahlung darf bei den unter 1 und 2 aufgeführten Zahlern erst nach dieser gefällten Entscheidung erfolgen.

Der Deutsche Kreisbauernverein Posen

hielt Dienstag von mittags 12 Uhr ab im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter der Leitung seines Vorsitzenden von Treskow-Owinsk eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab.

Der Vorsitzende machte zunächst darauf aufmerksam, daß im „Dziennik Ustaw“ eine Verordnung enthalten ist, nach der von den Landwirten nicht mehr als zweiter Vorschuß gezahlt zu werden braucht, als die Hälfte der Vermögenssteuer überhaupt. Wer glaubt, daß diese Rate höher ist, als die Steuer überhaupt, kann sich bis zum 20. d. Mts. mit einem entsprechenden Antrage an den Urząd Skarbowy wenden. Bis zur Erledigung dieses Antrags kann ein zwangsweises Eintreiben der Vermögenssteuer nicht erfolgen.

Hierauf hielt Rittergutsbesitzer von Oertzen-Pempowo einen Vortrag über „Die Pferdezucht in Posen“. Er wies einleitend darauf hin, daß die im vergangenen Jahre in Posen abgehaltene Pferdeausstellung kein glänzendes Ergebnis gehabt habe. Ein eigentliches Posener Pferd gebe es nicht. Die Pferde sind Produkte der Scholle; der Vortragende bewies das an mehreren Beispielen, z. B. an der Tilsit-Niederung-Zucht, an der Percheronzucht. Deshalb muß man in der Zucht die Scholle berücksichtigen. Wir brauchen hier ein tiefes breites Pferd, das in seinen edlen Produkten auf dem Weltmarkt eine Rolle spielt. Wir müssen ein Leistungsmodell zu züchten versuchen. Die zweite Frage: Können wir ein solches Pferd züchten? beantwortete der Vortragende unbedingt mit Ja. Ohne Luzernebau ist eine gute Pferdezucht nicht denkbar. Es gibt Güter mit schweren Böden, die die schwere Zucht nicht entbehren können. Die Warmblutzucht kann man durch Kaltbluthengste allmählich in eine Kaltblutzucht verwandeln. Dazu gehört gutes Hengstmaterial. Nicht scharf genug zu verurteilen ist die Mischlingszucht, die z. B. die Zucht in Mecklenburg ganz ruiniert hat. Der Staat kann nicht scharf genug gegen die Mischzucht vorgehen, vor allen Dingen muß er durch Beschaffung warmen Blutes für die Warmblutzucht eine gesunde Grundlage schaffen. Verstärken und Veredeln muß der Grundsatz des Züchters bleiben. Ein Fehler bei der Rechtstute ist leicht fortzuzüchten, allgemeine Fehler aber niemals. Der Vortragende zeigte hierauf mehrere Abbilder seiner Pempowoer Pferdezucht vor, um die sich der Direktor Laschke besonders große Verdienste erworben hat. Der Vortragende entwickelte an diesen Bildern seine Grundsätze für das Pferdezuchtziel: Tiefe des Rumpfes, tonnenförmige Rückenwölbung, langer, dünner Hals usw. Er ging dann auf die geometrischen Messungen ein, die manche der früheren Ansichten zunichte machte. Ein Pferd mit steiler Schulter ist zur Zucht zu empfehlen. Die Vorderbeine dürfen nicht zu weit vorn sein. Der Vorderarm soll nach der Ansicht der meisten Hippologen lang, doch nicht zu lang sein. Die Kruppe ist bei den besten Rennpferden hoch und lang. Bei den besten Galopprennpferden und Trabrennpferden ist das Oberschenkelbein zu beachten, das Unterschenkelbein spielt eine minder wichtige Rolle. Es besteht ein Unterschied im Knochengerüst zwischen Galopprenn- und Trabrennpferden. Unsere Pferde haben durchweg zu wenig Gang. Wir müssen, um auf dem Weltmarkt Konkurrenz bieten zu können, für einen schwunghaften Gang Sorge tragen. Bei den Hengsten gelten für die Zucht die nämlichen Grundsätze, wie für die Stutenzucht, nur ins Breitere, Gröbere übertragen. Der Vortragende streifte weiter die Frage der Inzucht. Darüber ist sehr viel gestritten worden. Der Vortragende wies auf die guten Erfolge der Inzucht hin, sobald man mehrfach gute Hengste in der Ahnenreihe hat. Freilich, das ganze Heil sei von der Inzucht nicht zu erwarten. Für die Inzucht spricht die holsteinische, hannoversche usw. Pferdezucht. Ein Vorteil der Inzucht ist der, daß das Interesse des Züchters für die Abstammung der Pferde gehoben wird. Deshalb muß ein Stutbuch und ein Herdbuch vorhanden sein, was bisher leider hier noch nicht der Fall ist. Für eine planmäßige Zucht muß man ein Stutbuch anlegen. Sehr wichtig ist auch die Aufnahme der Maße der Pferde in das Stutbuch. Außer dem Stutbuch muß man auch ein Hengstbuch haben. Das Fohlen ist das Produkt aus Hengst und Stute. Das Stutenvollblut wird man nicht ganz vermeiden können. Die Verstärkung ist aus praktischen Gründen aus Ostpreußen zu holen. Die Stuten erhalten 10—14 Pfd. Kraftfutter, sehr zu empfehlen ist auch die Kartoffelfütterung. Mischung von Kartoffel- und Körnerfutter ist nicht zu empfehlen, weil sie Kolik hervorrufen. Die Trennung von Gebrauchs- und Zuchtmaterial ist dringend zu empfehlen. Lieber weniger Pferde gehalten, und diese gut gefuttert. Ein grober Fehler sind große Pausen in den Futterzeiten. Weidegang möglichst lange und möglichst Tag und Nacht ist für die Fohlen erforderlich. Vom ersten Jahre ab kann man den Pferden bezüglich der Abhärtung alles zumuten. Die Warmblutzucht gewährt Freude, die ja heutzutage nicht hoch genug zu bewerten ist.

An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der u. a. Rittergutsbesitzer Fischer von Mollard der Inzucht das Wort redete und für einen planmäßigen Luzernebau eintrat, und der Vortragende noch eine Anzahl an ihn gerichteter Fragen beantwortete.

Nachdem zum Schlusse noch eine Frage über die landwirtschaftliche Krankenversicherung kurz gestreift worden war, wurde die Versammlung um 1½ geschlossen. hb.

× **Berichterstatterversammlungen für deutsche Wähler** wird Herr Sejmabgeordneter Naumann in der nächsten Woche im Kreise Kolmar abhalten. Näheres wird noch durch Anzeige bekannt gegeben werden.

× **Die verlängerte Frist zur Abgabe der Vermögenssteuer-Erklärungen** läuft, worauf nochmals hingewiesen sei, übermorgen, Freitag, ab.

Nicht mit geladenen Waffen reisen! Die Militärbehörden haben erneut die Vorschrift in Erinnerung gebracht, die verbietet, daß Militärpersonen mit geladenen Feuerwaffen in die Eisenbahnwagen steigen, da dieses zu Unglücksfällen Anlaß gibt und im Widerspruch mit den Eisenbahnverkehrsvorschriften und Militärvorschriften ist. Ebenso müssen vor dem Betreten der Eisenbahnwagen aufgesetzte Bajonette von den Gewehren abgenommen werden. Dieses Verbot hat keine Anwendung für Eskorten von Arretierten, die ihre Waffe immer gebrauchsfertig, also geladen tragen sollen und daher Anspruch auf ein besonderes und freies Abteil haben. Alle anderen Militärpersonen haben in dieser Hinsicht den Anordnungen der Eisenbahnangestellten, da sie die Sicherheit des reisenden Publikums betreffen, unbedingt Folge zu leisten.

× **Abermalige Erhöhung der Hebammengebühren.** Die Hebammengebühren sind vom Wojewodschaftsamt abermals um 150 Prozent erhöht worden.

Eine interessante Entscheidung hat dieser Tage die 3. Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts getroffen. Ein Eisenbahnangestellter hatte gelegentlich einer Diensthandlung einige Kino-Freibilletts als Geschenk erhalten und hatte sich deshalb wegen passiver, ebenso der Geber des Billetts wegen aktiver Bestechung zu verantworten. Im Hinblick darauf, daß derartige Freibilletts nach der Verkehrssitte in großem Umfang zu Reklamezwecken verteilt zu werden pflegen, verneinte das Gericht ausdrücklich die Frage, daß sie als „Vorteil“ im Sinne des Strafgesetzbuchs aufzufassen seien.

× **Wochenmarktpreise.** Auf dem heutigen Wochenmarkte des Sapiehaplatzes zahlte man für ein Pfund Butter 2 200 000 bis 2 400 000 Mk., für die Mandel Eier 2 300 000 Mk., für das Pfund Speck 1 800 000 Mk. und für einen Hering 180 000 Mk.

× **Todesfall.** Gestern früh verstarb hier nach nur kurzer Krankheit im Alter von 75 Jahren der ehemalige Gefängnisaufseher beim Posener Polizeigefängnis, seit 192[illegible] Amtsgehilfe des Deutschen Generalkonsulats, Adolf Schreiber. Der Entschlafene konnte an seinem Lebensende auf eine mehr als 50jährige pflichttreue Dienstzeit im Staatsdienst zurückblicken und gehörte als markante Persönlichkeit zu den Beamten von altem Schrot und Korn denen peinlichste Pflichterfüllung, gepaart mit Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit über alles geht. Möge ihm nach einem Leben voll Mühe und Arbeit die ewige Ruhe beschieden sein!

× **Der Evangelische Verein junger Männer** veranstaltet am Sonntag 17. Februar, abends 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses einen Familienabend bei freiem Eintritt. Der Abend wird zahlreiche Darbietungen der Vereinsmitglieder, darunter mehrere Posaunenchorvorträge, Gedichte usw., gemeinsame Gesänge und eine Ansprache des Vereinsvorsitzenden Pastors Brummack bringen. Die Leitung des Chors liegt in den Händen des Herrn Köhler. Das Schlußwort wird der Erste Vorsitzende Geheimrat D. Staemmler halten. Alle Evangelischen sind zu diesem Familienabend, der neben mannigfacher Abwechselung edle Genüsse verspricht, herzlichst eingeladen.

Polizeiliche Hundeversteigerung. Am Freitag, 15. d. Mts., werden um 11 Uhr vorm. im Starostwo Grodzkie, Zimmer 9 folgende Hunde versteigert: ein schwarzer Dachshund, ein Stubenhund von gelber Farbe, schwarz durchsetzt, ein grauer Wolfshund mit gestutztem Schwanz, ein braunweißer Spürhund und eine (hohe) hellgraue Windhündin. Die rechtmäßigen Besitzer können ihre Hunde bis zum oben bezeichneten Zeitpunkt in Empfang nehmen.

Kinokunst. Das seit Montag im Teatr Pałacowy gegebene Stück „Bohème“, dem die gleichnamige Oper von Puccini zu Grunde liegt, hinterläßt bei den Besuchern einen ungewöhnlichen Eindruck. Die von diskretem Humor durchsetzte Handlung spielt um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. In der Hauptrolle die vortreffliche Maria Jacobini.

× **Die Feuerwehr** wurde gestern abend gegen 10 Uhr zu einem Rußbrande in der ul. Małeckiego 25 (fr. Prinzenstr.) gerufen, der in einer Küche des Erdgeschosses im Schornstein ausgebrochen war. Die Gefahr war erst gegen 11½ Uhr beseitigt, so daß die Feuerwehr dann wieder abrücken konnte.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Laden am Stary Rynek 94 (fr. Alter Markt) zwei Stücke blaues Kammgarn, 1 Stück Leinwand und mehrere Schaltücher im Werte von 3½ Milliarden Mk.; gestern nachm. 1½ Uhr ein vor dem Hauptpostamte in der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstr.) unbeaufsichtigt stehendes Fahrrad, Marke „Sultan“; aus dem Universitätsgebäude ein aschgrauer Raglanflauschmantel im Werte von 100 Millionen; gestern abend zwischen 8½—9¼ Uhr während einer Geburtstagsfeier im Hause ulica Małeckiego 33 (fr. Prinzenstr.) zwei Winterüberzieher im Werte von 900 Millionen.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Beim 7. Polizeikommissariat in der ul. Stawna (fr. Mühlenstr.) lagert eine vermutlich aus einem Diebstahl stammende Wasseruhr.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 14 Dirnen, 7 Diebe, 5 Betrunkene und 1 Bettler.

---

* **Berent** 12. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung hat nach dem „Głos Pom.“ beschlossen die Kosten des Baues einer Kaserne für eine Abteilung Kavallerie auf die Stadt zu übernehmen.

* **Inowrocław** 11. Februar. Am Donnerstag früh stürzte ein Teil der hinteren Wand des Wohnhauses Dworcowa Nr. 54 ein. Glücklicherweise haben dabei Menschen keinen körperlichen Schaden erlitten. Wie versichert wird, steht der Wandeinsturz mit den Salzminen der Saline in keinem Zusammenhang.

* **Karthaus.** 12. Februar. Das Eisenbahnunglück auf der Bahnstrecke Karthaus—Prockau, bei dem drei Arbeiter überfahren und zwei getötet wurden, hat noch ein drittes Opfer gefordert, nämlich einen gewissen Franz Biernat aus Pużdrowo, der im hiesigen Krankenhause seinen Verletzungen erlag.

□ **Lissa i. P.**, 12. Februar. Heute beging in dem benachbarten Zaborowo das Rentenempfänger Josef Müllersche Ehepaar in geistiger und körperlicher Frische die Goldene Hochzeit. Die beiden Eheleute stehen im 85. Lebensjahre.

* **Strelno**, 6. Februar. In der Nacht zum 1. d. Mts. brachen unbekannte Diebe in die Bureaus der hiesigen Starostei ein und stahlen zwei Schreibmaschinen, sowie einen automatischen Stempel. Den Raub packten die Diebe in die Fenstervorhänge und entfernten sich.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 10. Februar. Im Dorfe Nieśtęc in der Gemeinde Rzew verschwanden im Oktober v. Js. auf geheimnisvolle Weise der Besitzer Antoni Dębowski und seine Geliebte Petronela Tarapacz. Eine eingehende Untersuchung klärte den Fall nicht auf, der sich immer geheimnisvoller gestaltete. Der Verschwundene ging bald nach dem Tode seiner Frau ein Liebesverhältnis mit der Tarapacz ein und wohnte auch mit ihr zusammen, weshalb zwischen ihm und seinen Kindern Streitigkeiten ausbrachen, während deren er seine Kinder zu enterben drohte. Die Nachbarn, die die häuslichen Verhältnisse kannten, erhoben gegen die Kinder die Beschuldigung, ihren Vater ermordet zu haben. Darauf nahm die Polizei die Untersuchung auf, und es erwies sich, daß Antoni Dębowski und seine Geliebte wirklich von seinen Kindern Josef, Anton und Josefa ermordet wurde. Der Sachverhalt ist folgender: Josef und Josefa Dębowski versteckten sich in der Scheune, während Anton Dębowski mit einem Beil den Vater erwartete, der Häcksel für die Pferde holen wollte. Bei seinem Eintritt erhielt er mehrere Axthiebe auf den Kopf, an denen er sofort verstarb. Dann gingen die Geschwister in das Wohnhaus, wo sie auf dieselbe Art dem Leben der Tarapacz ein Ende bereiteten. Nach der Mordtat wurden die Leichen in der Scheune verborgen, wo sie drei Tage lagen, und am vierten Tage im Hofe vergraben. Außer den Geschwistern ist noch der Verlobte der Josefa an der Tat beteiligt, der auch die Anregung dazu gab. Alle wurden verhaftet und dem Untersuchungsgericht übergeben.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Frau G. Sch. in B. Ihr Silbenrätsel ist bei uns nicht eingegangen.

Gostyn. Wenn Sie unsere Zeitung aufmerksam lesen würden, hätten Sie daraus ersehen können, daß alle diese Fragen, die Sie uns heute stellen, längst in mehrfachen Artikeln genau behandelt worden sind. Ihre Fragen beantworten wir: 1. Ja. 2. 1.3 Prozent. 3. Auf zwei Jahre verteilt (siehe „Pos. Tagebl.“ Nr. 229, 231, 232 v. J. 1923. Und die Artikel im Monat Januar.) 4. Sie müssen im voraus bezahlen. 5. und 6. Siehe Frage Nr. 4. Haben Sie damals die Summe valorisiert? Wenn nicht, haben Sie das nachgeholt? Machen Sie die Bank dafür verantwortlich. Sprechen Sie einmal bei einem Rechtsanwalt vor.

N. L. in Jablona. Um Ihnen die Steuern auszurechnen, dazu ist das Finanzamt da, wir sind dazu nicht befugt. 2. Sie zahlen 2.800 000 : 3500 = 800 Franken. Davon ein Drittel als zweite Vorschußrate.

H. F. Ihre Fragen 1—3 und 5 bedürfen noch in sehr wesentlichen Punkten der Ergänzung, können mithin an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt. 4. Jeder Antrag ist mit einer Stempelmarke, gegenwärtig in Höhe von 270 000 Mk. zu versehen. 6. Ohne weiteres können Sie, da die Kinderzahl nur noch 30 beträgt, das nicht beanspruchen. 7. Die Deutsche Sejmfraktion in Warschau (Anschrift: Zjednoczenie Niemieckie w Sejmie, Warszawa). Eine Freimarke ist für die Rückantwort beizufügen.

Z. A. Nr. 100. 1. Dazu hat der Gemeindevorsteher nicht das Recht. 2. Diese Versammlung war unter den angegebenen Umständen nicht beschlußfähig. Protestieren Sie dagegen bei Ihrem Starostwo. 3. Uns ist eine derartige Verfügung nicht bekannt. 4. Dagegen werden Sie nichts tun können, da die Amtssprache polnisch ist.

Frau F. von M. Die kürzlich an dieser Stelle erteilte Auskunft bedarf in einem Punkte der Richtigstellung. Sie müssen wie wir aus einer uns inzwischen bekannt gewordenen Verordnung ersehen, für die Durchreise durch österreichisches Gebiet bei einer Reise nach Italien, wenn die Einreise über den Brenner bezw. durch die Schweiz erfolgt, nach der Einholung des italienischen Sichtvermerks auch ein österreichisches Visum einholen. Oesterreichische Berufskonsulate befinden sich in Krakau und Lemberg.

G. K. P. Die eingesandten Silbenrätsel können wir leider nicht verwenden, da sie sehr undeutlich geschrieben und sehr unübersichtlich angeordnet sind, so daß also jedes Rätsel vollständig neu abgeschrieben werden müßte. Ein Rätsel haben wir angenommen, die anderen stehen Ihnen zur Verfügung.

Spenden für die Altershilfe.

Evangelische Schule, Papros	12 000 000.—	M.
Zillmer, Boehme, Kmiec	580 000.—	„
Spielgewinn in Slawno	4 800 000.—	„
Geburtstagsfeier bei Otto Suchland	10 000 000.—	„
in Chrustowo	220 000 000.—	„
Heinze, Koronowo	5 000 000.—	„
F. Bandmann, Samter	4 350 000.—	„
Koch, Czernjewo	10 000 000.—	„
P. Kengl für Brzyce, Wysoka, Rejowiec	1 700 000.—	„
Kirchengemeinde Czempin	1 000 000.—	„
	269 430 000.—	M.
Vortrag aus Nr. 30	958 944 256.—	„
zusammen	1 228 374 256.—	M.

Zur Beachtung! Bei Postanweisungen wolle man auf dem Abschnitt der Adreßseite „Altershilfe“ unterbringen. Das Wort auf die Rückseite des Abschnitts geschrieben kostet jedesmal Strafporto in Höhe des Portos einer Postkarte.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel und Wirtschaft.

Wirtschaft.

§ **Die Steuereinkünfte des Staates.** Die monatlichen Steuereingänge im Jahre 1922 und 1923, nach dem betreffenden Kurs in Schweizer Frank umgerechnet, zeigen, daß die Grundsteuer im Jahre 1922 3 146 206,9 Schweizer Frank, im Jahre 1923 7 187 902,3 ergab. Die Gebäudesteuern gaben im Jahre 1922 mehr als im Jahre 1923. Es stehen sich die Ziffern 795 180,1 und 656 695,3 gegenüber. Die Gewerbesteuer betrug 10 550 690 Schw. Fr. im Jahre 1923 und 26 874 915,3 im Jahre 1922. Die Einkommensteuer 8 175 612,4 im Jahre 1923 und 16 216 910,4 Schw. Fr. im Jahre 1923. Die Depositensteuer brachte 2958 im Jahre 1922 und 21 728 Schw. Fr. im Jahre 1923. Die Kapital- und Rentensteuer ergab 633 411,1 Schw. Fr. im Jahre 1922 und 1 449 000,4 im Jahre 1923. Was das prozentuale Verhältnis der Eingänge zu den präliminierten Quoten betrifft, so gestaltet sich dieses Verhältnis wegen des Valorisierungsmangels ungünstig. Die Kapital- und Rentensteuer gab für das Jahr 1923 das größte Prozentverhältnis, nämlich 107,3. Es folgen dann die Einkommensteuer mit 55,2 Prozent, die Gewerbe- und die Depositensteuer mit 24,7, endlich die Grundsteuer mit 5,7 und die Gebäudesteuer mit 3,5 Prozent. Die jetzt von der Zentralstaatskasse beendigten Aufzeichnungen der Finanzeingänge für den Monat Januar, in dem bekanntlich eine Valorisierung eintrat, bedeuten ein günstiges Resultat des gegenwärtigen Steuersystems. Die Eingänge an valorisierten Steuern haben das, was vorausgesehen war, überschritten; der Haushaltsvoranschlag für Januar wurde vollkommen real. Man erwartet, daß der laufende Monat noch günstigere Ergebnisse zeitigen wird. Zur leichteren Orientierung in den Vermögenssteuereingängen wird die Zentralstaatskasse aus den Tagesrapporten Dekadenberichte zusammenstellen. Den gesteigerten Bedarf an Steuerbons begleitet die Erscheinung, daß die Steuerzahler nicht mit den gekauften Bons die nächsten Steuern zahlen, sondern sie in der Reserve halten. Die in den Privatkassen zurückgehaltenen Steuerbons bilden ein Reservekapital, während die Polenmarkeinzahlung an die Finanzkassen den Umlauf beschleunigt und dem Bargeldmangel abhilft. Die Steuerbons werden in der Erwägung gekauft, daß der Fiskus im Interesse der Vergrößerung der Steuereinkünfte sich bemühen wird, den Wert der Bons auf der Höhe zu halten.

Von den Märkten.

Polens Holzmärkte. Die Lage auf dem Holzmarkt war durch förmlichen Stillstand gekennzeichnet. Holzkaufleute und Industrielle waren bei den Behörden um eine Herabsetzung der Eisenbahntarife bzw. Einreihung des Holzes in eine niedrigere Tarifklasse bemüht, in der Erwartung, daß eine günstige Lösung dieser Frage eine Belebung der Transaktionen auf dem Holzmarkt bewirken werde. Die hohen Transportkosten und die fallende Tendenz auf dem Danziger Markt hemmen den Holzexport. In den Forstzentren herrschte weiterhin hohes Angebot in allen Holzmaterialien. Dazu trägt in hohem Maße der starke Bedarf an Bargeld bei, der im Zusammenhang steht mit der Zahlung der Steuern und dem erschwerten Kredit. Die letzten Holznotierungen loko Waggon Verladestation in der östlichen Forstzone in einer Entfernung von 300 bis 400 Kilometern von Warschau waren folgende: Unsortierte Kiefernklötze von 25 Zentimeter am dünneren Ende 14 bis 15 Schilling, von 35 Zentimeter 16—17 Schilling. (Maximalpreis.) Klötze in Fichte und Tanne auf dem Lokalmarkt um 8—9 Prozent, für den Export um 15 Prozent niedriger. Derselbe Unterschied in Schnitthölzern. Grubenholz für Inlandsgruben und Export 7⅓—8 Schilling. Der Export von Grubenhölzern ist infolge der hohen Eisenbahntarife fast völlig stillgelegt. Telegraphenstangen ohne größere Umsätze bei lebhaftem Angebot. Verlangt wurden bis zu 12 Schilling. Der Export von Papierholz findet in minimalem Umfange statt. Verlangt wurden 1.70—1.80 Dollar loko Waggon Verladestation. Der Preis franko Waggon Grajewo kam auf 2.60 Dollar. Die Inlandsumsätze in Papierholz waren angesichts der frühen Eindeckung sehr spärlich. Die Streichholzfabriken haben sich gleichfalls mit Holzrohstoff versorgt, und der Export hält bei der Konjunktur die Fracht nicht aus. Infolgedessen ist der Preis für Streichholzesche auf 18 Schilling gefallen, obwohl in zentrumsnäheren Gegenden 19—20 Schilling verlangt wurden. Das Geschäft in Erle gestaltete sich infolge verringerten Bedarfs in Deutschland weiterhin schwach. Fournierklötze in Eiche infolge eingeschränkten Bedarfs im Auslande schwächer. Für Stammholz von 40 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende aufwärts wurden in Wolhynien 2(8)— bis 2(11)— Pfd. Sterl., im Lubliner Gebiet 2(15)— Pfd. Sterl. verlangt. Exportklötze in Eiche kamen auf 30 Schilling. Andere Sorten Laubholz ohne Verkehr. Es wurden kleinere Transaktionen mit Möbelfabriken getätigt. Die Preise hatten individuellen Charakter, je nach der Art des Holzes und des Zweckes, für den es verwandt werden sollte. Weißbuche, Rüster und Ahorn schwankten zwischen 15 und 20 Schilling, Esche 18 bis 22, Birke ohne Umsätze. Auf dem Markt der Schnitthölzer war die Lage unverändert. Fristkäufe wurden nicht abgeschlossen. Unsortierte Kiefernbohlen für die Ausfuhr (Deals und Battens) wurden mit 37—38 Schilling notiert, ebensolche in Fichte und Tanne 15 Prozent billiger. Tischlerhölzer in Kiefer für die Ausfuhr 80 Schilling. Zimmermannsbretter in Kiefer 20 bis 22 Schilling in Fichte und Tanne 8 Prozent billiger. Für unbeschnittene Inlandseiche wurden 95—100 Millionen verlangt. Transaktionen auf beschnittene Eichenbretter bester Sorte für den Export wurden nicht getätigt. Der Orientierungspreis beträgt 80 Schilling. Breitspurige Eichenschwellen für die Ausfuhr 18 belgische Frank pro Stück, in Kiefer 2/6 Schilling. Sleepers 5 bis 5/6 Schilling pro Stück. Die Lage ist durch Desorientation und abwartende Haltung gekennzeichnet.

Metalle. Berlin, 12. Februar. (Für 1 kg in Goldmark.) Raff. Kupfer 1.12—1.15, Orig. Hüttenweichblei 0.59—0.62, Hüttenrohzink (im freien Verkehr) 0.63—0.64, Remelted Plattenzink 0.54—0.56, Orig. Hüttenaluminium in Blöcken und Barren 2.10, Walz- und Drahtbarren 2.20, Zinn (Banka, Straits Austral.) 4.90—5.—, Hüttenzinn (mindestens 99 %) 4.75—4.85, Reinnickel (98—99 %) 2.30—2.40, Antimon Regulus 0.74—0.76, Silber in Barren (900 fein) 92.25—92.75.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 12. Februar 1924.** Die heutige Devisenbörse blieb unverändert. Der Dollar liegt bei 9.3 M. fest, das engl. Pfund wird mit 40 M. genannt, der Schweizer Frank notiert 1 617 500, der holl. Gulden 3,48, der Goldfrank 1.8 M. Von den Staatspapieren ist die Miljonówka bei 0.725 M. fest geblieben, als sie vorübergehend bereits 0.825 M. erreicht hatte. Die Goldanleihe ist mit 11.8 M., die Dollaranleihe mit 5.95 M. und die Zlotybons Serie II. A. sind mit 1.4 M. genannt. An der Effektenbörse ist die Haltung fester gemeldet. Die Grundstimmung bleibt jetzt wieder stabil. Es nennt der Kurszettel folgende Kurse, für **Bankwerte:** Dyskontowy 19 M., Handlowy 20.25 M., Spółdzielczy 22 M., Zachodni 7.5 M., Zw. Sp. Zarobk. 20.5 M., Zw. Ziemian 0.55 M.; **Industriewerte:** Kijewski 15.4 M., Puls 1.725, Spieß 4.4 M., Strem 75 M., Chodorow 25.1 M., Częstocice 11 M., Michalow 3.15 M., Cegielski 2.825 M., Tow. Fabr. Cukru 17.5 M., Warsz. Kop. Węgla 24.5 M., Fitzner u. Gamper 30 M., Rau 3.1 M., Modrzejow 45 M., Ortwein 1.6 M., Pocisk 5.5 M., Żyrardow 1200 M., Zawiercie 1650 M., Haberbusch 16.25 M., Polska Nafta 2.3 M., Nobel 5.9 M., Spiritus 9.75 M., Ćmielow 8.6 M., Zieleniewski 51 M., Polski Lloyd 0.425 M., Marynin 6 M., Kabel 3.7 M., Majewski 25 M., Brown Boveri 4 M.

≠ **Warschauer Börse vom 11. 2. 24.** (Markt der nichtnotierten Werte) Chybie 60 000, Zbiersk 5000, Zduny 200 000, Pruszków 1000, Gazy 90 000, Jaworzno 140 000, Kauczuk 750, Lokomotywy 900, Jabłkowscy Wilno 175, Nitrat 1500—1600, Opatówek 1000, Machcid 6500—7000, Hut. Opal. 250, Ziemioplody 2500, Granat 750, Przemysł Terpentynowy w P. 2700, Weitrich 105 000, Zaklady Górnicze „Polprod" 1300, Zeydler 2900—3000, Sp. Akc. M. Zagajski 6900—7000.

≠ **Die P. K. K. P. zahlte am 11. 2. 24** (in 1000 Mkp.) für **Goldmünzen** (in Klammern **Silbermünzen**): Rubel 4705.3 (3128.4), Mark 21 9 2 (869), Krone 1853.3 (725.6), Lat. Münzeinheit 1765 (725.6), Dollar 9150 (4181.6), Pfund Sterling 4452) (sh 908.9), Türk. Pfund 40130, Schwedenkrone 2151.6 (1042.8), Holländ. Gulden 3677 4 (1642 4), Österr. Dukaten 2 920 (fl. 1930.9), Belg. u. Holländ. Dukaten 20 80, 1 g Feingold 6 80.5 (173.8).

≠ **Die polnische Mark am 11. Februar 1924.** Danzig 0,631—0,634 (Parität: 1 587 50) Ausz. Warschau 0,608—0,612 (Parität: 1 646 0 0). London Auszahlung Warschau 0 000 0002651 (Parität: 375 0,05) Wien 75—80 (Parität: 133.25). Prag 3 45 bis 4.25 (Parität: 29 0 0 0) Ausz. Warschau 3.50—4.30 (Parität: 286 000). Zürich Ausz. Warschau 0.000 4 (Parität: 250 0 0 G. 143 0 0 0 B.). Paris Auszahl. Warschau 2.50 (Parität: 400 000), Tschernowitz 0.00215 (Parität: 46 500). Bukarest 0.0025 (Parität 40 000).

≠ **Berliner Börse vom 12 Februar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 571 063,** Brüssel 167 580, Christiania 561 5.8, Kopenhagen 674 310, Stockholm 1 101 240, Helsingfors 105 735, Mailand 1845 8, **London 18 054 750,** **Newyork 4 189 500,** Paris 191 520, **Schweiz 729 173,** Spanien 533 061, Japan 18 5 250, Wien abgest. 59 351, Prag 121 695, Jugoslawien 50 872, Budapest 147 630, Bulgarien 31 521.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 11. Februar. Freiverkehr.** (In Millionen, poln. in 1000 Mk.) **Auszahlung:** Bukarest 21 643 G. 21 858 B., Riga 816 750 G., 833 250 B., Reval 11 038 G. 11 262 B., Kowno 428 225 G., 431 775 B., Kattowitz 455 G., 469 B. — **Noten:** polnische 429 G., 451 B., lettische 755 000 G., 794 500 B., estnische 10 040 G., 10 560 B.

Zugeteilt wurden auf Bukarest 2 %. Riga 30 % und Kowno 15 % alles übrige voll.

≠ **Züricher Börse vom 11. Febr. 1924. (Amtlich).** Newyork 5.745, London 24.78, Paris 26 3, Wien 0.0081, Prag 16 70, Mailand 25.50, Brüssel 23 30, Budapest 0.02, Helsingfors 14.38, Sofia 4.25, Amsterdam 213, Christiania 75, Kopenhagen 92⅞, Stockholm 150⅞, Madrid 73.50, Bukarest 2 73, Berlin 1 13, Athen 9 80.

≠ **Wiener Börse vom 11. 2. 24.** (In 1000 Kr. polnische Werte). **Tendenz schwach.** Malopolski 19.9, Hipoteczny 24 9, Kolej Północna 16.00, Szczakowa 1345, Browar Lwowskie 250, Prager Eisen 1 25, Sierszа Gorn. 201, Silesia 61, Zieleniewski 360, Banto 3100, Karpaty 410, Lubon 55, Schodnica 1100, Nalizawa 112.5, Cement Goleszów 2120, Alpinen-Montany 669, Huta Poldi 790, Friaz 260, Mrażnica 173, Trpege 97.

≠ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 13. 2. 24. (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 210 000 Mkp.

≠ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 13. 2. 24. 1 Dollar in Polen = 9 115 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 170 000 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 13. Februar.

Dollar 9 225 000—9 270 000. Engl. Pfund 39 530 000. Schweizer Franken 1 600 000. Französischer Franken 418 000.

≠ **Valorisationsfrank für den 14. Februar 1924 1 800 000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 12. Februar.

Devisen:

Belgien	371 250—369 250	Paris	425 000—423 500
Berlin	—.—	Prag	267 500—265 000
London	40 490—40 000	Schweiz	1626—1617½
Newyork	9 350—9 300	Wien	131.50—131.00
Holland	3500—3450	Italien	408 500—403 500
Goldfrank	1 800 000	Zlotybons IIa	1 350 000—1 400 000

Danziger Mittagskurse vom 13. Februar.

1 Million poln. Mark	0,64 Gulden
1 Dollar	5,83 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. Februar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	28 000 000—33 000 000	Blaulupinen	20 000 000—22 000 000
Roggen	20 000 000—22 000 000	Seradella	15 000 000—17 000 000
Weizenmehl	56 000 000—60 000 000	Wicken	18 000 000—20 000 000
Roggenm.	37 000 000—40 000 000	Felderbsen	18 000 000—24 000 000
Gerste	19 000 000	Vikt.-Erbsen	40 000 000—47 000 000
Braugerste	21 000 000—23 000 00	Roggenstr. lose	2 800 000—3 200 000
Hafer	22 000 000—24 000 000	„ gepr.	5 000 000—6 000 000
Weizenkleie	15 000 000	Heu, lose	6 000 000—6 500 000
Roggenkleie	13 000 000	„ gepr.	10 500 000—12 000 000

Kleinere Umsätze. — Tendenz: nicht einheitlich.

Posener Viehmarkt vom 13. Februar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 190 000 000 M., II. Sorte 160 000 000 bis 164 000 000 M., III. Sorte 120 000 000—130 000 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 164 000 000 M. II. Sorte 146 000 000 bis 150 000 000 M., III. Sorte 120 000 000—130 000 000 M.

II. **Schweine:** I. Sorte 200 000 000 M. II. Sorte 186 000 000 bis 190 000 000 M., III. Sorte 160 000 000—170 000 000 M.

III. **Schafe** I. Sorte 140 000 000 M., II. Sorte 126 000 000 M., III. Sorte 90 000 000—100 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 42 Ochsen, 194 Bullen, 270 Kühe, 315 Kälber, 1974 Schweine 279 Schafe. — Tendenz: ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.